

Rezensionen

<i>Harm von Seggern/ Gerhard Fouquet/ Hans-Jörg Gilomen</i> (Hrsg.), Städtische Finanzwirtschaft am Übergang vom Mittelalter zur Frühen Neuzeit (Frank Göttmann)	60
<i>Guido Thiemeyer</i> , Internationalismus und Diplomatie. Währungspolitische Kooperation im europäischen Staatensystem 1865-1900 (Matthias Morys)	61
<i>Bernd O. Weitz</i> (Hrsg.), Bedeutende Ökonomen (Klaus Pertz)	64
<i>Annette Schäfer</i> , Die Kraft der schöpferischen Zerstörung. Joseph A. Schumpeter. Die Biografie (Harald Hagemann)	66
<i>Bernd Rudolph</i> , Geschichte der Sparkassenbetriebswirtschaft (Henner Schierenbeck)	69
<i>Malte Zierenberg</i> , Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939-1950 (Willi A. Boelcke)	72
<i>Ralf Ahrens</i> , Die Dresdner Bank 1945-1957. Konsequenzen und Kontinuitäten nach dem Ende des NS-Regimes (Oliver Rathkolb)	73
<i>Douglas Wass</i> , Decline to Fall. The Making of British Macro-economic Policy and the IMF Crisis (Forrest Capie)	75
<i>Christoph Maria Merki</i> , Wirtschaftswunder Liechtenstein. Die rasche Modernisierung einer kleinen Volkswirtschaft im 20. Jahrhundert (Martin Lengwiler)	76
<i>Veit Damm</i> , Selbstrepräsentation und Imagebildung. Jubiläumsinszenierungen deutscher Banken und Versicherungen im 19. und 20. Jahrhundert (Gert Kollmer-von Oheimb-Loup)	78
<i>Susanne Hilger</i> (Hrsg.), Kapital und Moral. Ökonomie und Verantwortung in historisch-vergleichender Perspektive (Christoph Lütge)	79
<i>Niall Ferguson</i> , The Ascent of Money. A Financial History of the World (Hartmut Kiehling)	80
<i>Michael Knittel</i> , Geldpolitik und Stabilität des Bankensystems. Das Liquiditätsproblem aus Sicht der Theoriegeschichte und der gegenwärtigen Finanzmarktentwicklung (Carsten Burhop)	81
<i>Philip T. Hoffman/ Gilles Postel-Vinay/ Jean-Laurent Rosenthal</i> , Surviving Large Losses. Financial Crises, the Middle Class, and the Development of Capital Markets (Ranald C. Michie)	82
<i>Franklin Allen/ Douglas Gale</i> (Eds.), Financial Crises (Stephan Paul)	84
<i>Christopher Brown</i> , Inequality, Consumer Credit And The Saving Puzzle (Friedrich Thießen)	87
<i>Stephan Barisitz</i> , Banking in Central and Eastern Europe 1980-2006. A comprehensive Analysis of Banking Sector Transformation in the former Soviet Union, Czechoslovakia, East Germany, Yugoslavia, Belarus, Bulgaria, Croatia, the Czech Republic, Hungary, Kazakhstan, Poland, Romania, the Russian Federation, Serbia and Montenegro, Slovakia, Ukraine and Uzbekistan (Jan Körnert)	90



Rezensionen

Harm von Seggern/ Gerhard Fouquet/ Hans-Jörg Gilomen (Hrsg.), *Städtische Finanzwirtschaft am Übergang vom Mittelalter zur Frühen Neuzeit* (Kieler Werkstücke, Reihe E: Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 4). Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main/ Berlin/ Bern/ Bruxelles/ New York/ Oxford/ Wien 2007, 275 S., € 46,-.

Fünf von insgesamt neun Beiträgen des Bandes gehen auf Vorträge der Sektion „Raum und Finanzen in der Stadt am Übergang vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit“ des Historikertages 2004 in Kiel zurück. Sie sind von recht unterschiedlicher Länge und theoretischer und methodischer Durchdringung ihres jeweiligen Gegenstandes, aber allesamt quellen- und faktenge sättigt. Dabei wird die mit der Sektion vorgegebene Grundsatzfrage nach dem Verhältnis und der Wechselwirkung von „Raum und Finanzen“ weniger aufgegriffen als die unterschiedlichen Aspekte des Themas Finanzen selbst. Dies ist trotz langer Tradition in der städtischen Wirtschaftsgeschichte nach wie vor ein berechtigtes, noch längst nicht erschöpftes Forschungsfeld. Analog gilt dies freilich auch, denkt man an die Stadt-Umland-Forschung, für den Aspekt des Raumes, dem durchaus jenseits der aktuellen „Raum-Mode“ in der Geschichtswissenschaft noch vielfältige Potenziale der Erkenntnis in der Stadtgeschichte innewohnen. Weitergedacht stellt sich ja grundsätzlich die Frage nach dem methodischen und theoretischen Gehalt und Begriff dieser Subdisziplin, die in Hinblick auf Existenzbedingungen und Wirkung „der“ Stadt notwendig stets integrierte „Stadt-Land-Geschichte“ sein müsste. In diese Richtung deuten am ehesten die Beiträge von Harm von Seggern („*Zum Raumbezug der städtischen Finanzwirtschaft im Spätmittelalter. Einleitende Überlegungen*“), Hans-Jörg Gilomen („*Raum und Kommunikation, zwei Kategorien in der Erforschung des städtischen Haushaltswesens vom Spätmittelalter zur frü-*

hen Neuzeit“), Niklaus Bartlome („*Von der Stadt zum Territorium. Die Finanzen Berns im Übergang vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit*“), Oliver Landolt („*Die Einführung neuer Steuermodelle als innovative Maßnahme zur Sanierung kommunaler Finanzhaushalte im Spätmittelalter. Beispiele aus dem oberdeutschen und schweizerischen Raum*“) und Michael Rothmann („*Gemeiner Nutzen auf Kredit. Der Frankfurter Rentenmarkt und sein Einzugsgebiet im Spätmittelalter*“). Weniger deutlich tritt der Raum als Faktor hervor bei Bernd Fuhrmann („*Der rat aber war zu rat mer ewigs gelts zu verkauffen – Das kommunale Kreditwesen Nürnbergs im 15. Jahrhundert*“) und Gabriel Zeilinger („*Kleine Reichsstadt – großer Krieg. Der süddeutsche Städtekrieg 1449/50 im Spiegel der Windsheimer Stadtrechnungen*“). Harm von Seggern („*Der Neußer Krieg und die Stadtfinanzen Leidens*“) und Hendrik Mäkeler („*Zwischen Privatgeschäft und öffentlichem Haushalt. Die Ratsgeschäfte des Speyerer Druckherrn Peter Drach d. M.*“) bieten schließlich noch zwei Fallbeispiele städtischer Renten-, Kredit- und Finanzierungsfragen.

Der im Nachhinein als Einleitung vorangestellte Aufsatz von Harm von Seggern geht der vor Jahren auch außerhalb der Landesgeschichte entdeckten Kategorie des Raumes hinsichtlich ihrer Relevanz für die städtischen Finanzen nach, um die Beiträge des Sammelbandes zu verklammern, und zwar mit Reflexionen, welche sonst jeweils speziell leider fehlen. Zu Recht nimmt er über die geschichtswissenschaftsinternen Diskussionen hinaus Bezug auf das vonseiten der Geografie bereitgestellte begriffliche und methodische Instrumentarium. Damit kommt er zeitlich auf eine Debatte zurück, als noch niemand von „spacial turn“ redete. Das zeigt leider, dass die Geschichtswissenschaft in der „Raumfrage“ seitdem offenbar kaum weitergekommen ist – es sei denn, man betrachtet die Tatsache, dass inzwischen alle davon reden, schon als Fortschritt. Von Seggers Versuch, die Kategorie Raum als „über die Stadt hinausweisende Beziehungen“ (S. 21) zu fassen, dürfte kaum weiterhelfen, nachdem schon vor Längere

in einschlägigen Arbeiten, auch empirisch belegt, von Funktional- und Beziehungsräumen und einer Hierarchisierung von Regionen gehandelt worden ist und die historische Zentralitätsforschung mit Begriffen, welche Raum differenzieren und ordnend konstruieren, ihre Wirkung entfaltet hat.

Auf 50 Seiten stellt Gilomen die Ergebnisse einer detailreichen empirischen Studie vor, in der er vergleichend die Einzugsbereiche der Rentenmärkte der Städte Bern, Basel, Mainz und Wetzlar untersucht. Dabei kann er manche Sicht der lokalen Literatur in Einzelfragen korrigieren und, mit aller Vorsicht, unterschiedliche Modelle finanzpolitischer Raumerfassung andeuten. Vor allem aber lassen die Befunde erkennen, dass die Gestalt des jeweils erfassten Gebietes stets Veränderungen durch die ökonomische und die politische Konjunktur unterworfen war. Gerade letztere Feststellung gewinnt besonderes Gewicht, wenn Bartolome die Entwicklung Berns zum Territorialstaat mit dem Wandel der Finanzverfassung in Zusammenhang bringt. Ob dafür bei allen Überlieferungsproblemen der Rückgriff auf die beiden Haushaltsjahre 1437 und 1568/70 hinreicht, mag dahingestellt bleiben – hervorgehoben zu werden verdient indes Bartolomes Ansatz, mit einem modernen finanzwissenschaftlichen Instrumentarium den „Haushalt“ zu strukturieren, um auch grundsätzlich städtische Finanzverhältnisse über Zeiten und Orte hinweg überhaupt vergleichbar zu machen. Letztlich räumliche Anpassungsprozesse über das Medium schriftliche und mündliche Kommunikation beschreibt Landolt mit dem Austausch zwischen Städten über Steuerinstrumente und Abgabenarten. Nun wäre es interessant zu untersuchen, ob damit über die mögliche Nachahmung hinaus auch neues „Steuerwissen“ generiert wurde, welches sich in allgemeinen, überörtlichen städtischen Regierungs- und Verwaltungsprinzipien niederschlug. Sehr ausführlich legt Rothmann räumliche und soziale Reichweite und Wirkung des Frankfurter Kapitalmarktes dar. Diese scheinen sich mit dem ökonomischen Aufstieg der führenden Frankfurter Familien zunehmend verstärkt zu haben, während sich zugleich das Rentenge-

schäft differenzierte und diversifizierte. Was aber folgte daraus für die politische und ökonomische Stellung Frankfurts in seiner „Kapital-Region“?

Wenn vorausgehend insbesondere der Raum-Aspekt in den Blick genommen wurde, so heißt das nicht, dass die unkommentierten Beiträge nicht eigenes Interessantes zum Thema städtische Finanzen beizutragen hätten – etwa zur Kostenbelastung durch Kriege und zu deren Finanzierung (von Seggern, Neußer Krieg; Zeilinger), zum städtischen Kreditwesen (Fuhrmann) oder zu Verfahren des Geldtransfers (Mäkeler). Aber künftiger Forschung auf dem Feld Finanzen stünde nicht nur eine inhaltliche Vertiefung der Perspektive des Raumes, wie sie sich im Sammelband spiegelt, gut an, sondern auch die notwendige allgemeinere methodische Reflexion darüber.

Paderborn

Frank Göttmann

(Prof. Dr. Frank Göttmann, Universität Paderborn, Fakultät für Kulturwissenschaften, Historisches Institut, Pohlweg 55, D-33098 Paderborn)

Guido Thiemeyer, Internationalismus und Diplomatie. Währungspolitische Kooperation im europäischen Staatensystem 1865-1900 (Studien zur Internationalen Geschichte 19). Oldenbourg, München 2009, 255 S., € 34,80.

Die zu besprechende Monografie stellt eine überarbeitete Version der Habilitationsschrift von Guido Thiemeyer aus dem Jahre 2004 dar. In „*Internationalismus und Diplomatie*“ beschreibt Thiemeyer die währungspolitische Kooperation im europäischen Staatensystem von 1865 bis 1900 und untersucht damit genau den Zeitraum, in dem Europa und damit die gesamte Weltwirtschaft von einem Nebeneinander von Gold, Silber und Bimetallismus zum Goldmonometallismus übergingen. Dabei folgt der Autor durchaus den Gepflogenheiten vergleichbarer Darstellungen der angelsächsischen Literatur, wenn er zunächst ausführ-

lich den Übergang der bimetallistischen Staaten (das heißt insbesondere Frankreichs und der Staaten der Lateinischen Münzunion) und der Silberwährungsstaaten (das heißt insbesondere Preußens und des jungen Deutschen Reiches) nachzeichnet und sich sodann den Konsequenzen des weltweiten Übergangs zum Goldstandard zuwendet, das heißt den deflationären Tendenzen von ca. 1873 bis 1896 und den daraufhin einsetzenden Bemühungen um den internationalen Bimetallismus, die ihren Höhepunkt in den internationalen Währungskonferenzen der Jahre 1878, 1881 und 1892 fanden. Damit liegt eine umfassende Darstellung dieser für das internationale Währungssystem konstitutiven Phase erstmals in deutscher Sprache vor.

Die Monografie besticht durch eine sehr umfangreich angelegte und gründlich durchgeführte Auswertung der Quellen der für das vorliegende Thema maßgeblichen Staaten (Großbritannien, Frankreich, „Deutschland“, Italien, Vereinigte Staaten). Da einige der herangezogenen Quellen ausführlich über Drittstaaten berichten, gelingt es dem Autor, die Währungsdebatten in ihrer ökonomischen und politischen Dimension in den meisten europäischen Ländern überzeugend nachzuzeichnen. Insbesondere die Einbeziehung der deutschsprachigen Quellen soll hervorgehoben werden, da Einaudi ansonsten äußerst gelungene Darstellung¹ (die zeitlich begrenzter ist) dies seinerzeit nicht leisten konnte. Dem Leser wird das Gefühl der großen Debatten deutlich vermittelt, so etwa der französische Streit um den Bimetallismus zwischen dem Außenministerium, dem Finanzministerium und der Bank von Frankreich. Ebenso spannend lesen sich die Ausführungen über die währungspolitischen Debatten in Deutschland, und mit der Aufdeckung der französischen Versuche, Preußen bereits vor der Gründung der Lateinischen Münzunion im Dezember 1865 für dieses Projekt zu gewinnen, wird die wirt-

schaftshistorische Forschung gewiss neue Impulse erhalten.

Eine der zentralen Thesen der vorliegenden Monografie ist es, dass die Wahl des Währungssystems nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische Entscheidung war. Wenn diese These auch nicht neu ist² und politische Faktoren wohl auch manchmal stärker und manchmal schwächer in das Gesamtkalkül eingingen, so wird der Beleg der These doch argumentativ überzeugend geführt und mit guten Quellen belegt. Um nicht zuviel in die Vergangenheit hineinzulesen und um vorschnellen Vergleichen etwa mit der europäischen Währungsintegration seit den späten 1970er-Jahren vorzubeugen, wäre es jedoch wünschenswert gewesen, wenn der Autor deutlicher gemacht hätte, wie begrenzt die Vereinheitlichungsbemühungen im späten 19. Jahrhundert letztlich waren. So wird etwa der 1865 zwischen Belgien, Frankreich, Italien und der Schweiz abgeschlossene Vertrag zumeist als „*Währungsunion*“ bezeichnet, obwohl es sich lediglich um eine Münzunion handelte (so auch der Begriff der deutschsprachigen Quellen des 19. Jahrhunderts). Die Vertragsstaaten verpflichteten sich lediglich zur wechselseitigen Annahme von Münzen an öffentlichen Kassen, das heißt die Münzen wurden noch nicht einmal zum gesetzlichen Zahlungsmittel in allen Vertragsstaaten erho-

1 Luca Einaudi, *Money and Politics: European Monetary Unification and the International Gold Standard (1865-1873)*. Oxford 2001.

2 Jacques E. Mertens, *La naissance et le développement de l'étalon-or 1696-1922. Les faits et les théories. Essai de synthèse économique et sociologique*. Paris 1944; Giulio M. Gallarotti, *The Anatomy of an International Monetary Regime. The Classical Gold Standard, 1880-1914*. Oxford 1995; Barry J. Eichengreen, *Globalizing Capital. A History of the International Monetary System*. Berkeley 1996; Alan S. Milward, *The Origins of the Gold Standard*, in: Jorge Braga de Macedo/ Barry J. Eichengreen/ Jaime Reis (Eds.), *Currency Convertibility. The Gold Standard and Beyond (Routledge Explorations in Economic History 3)*. London et al. 1996, S. 87-101; Steven P. Reti, *Silver and Gold. The Political Economy of International Monetary Conferences, 1867-1892 (Contributions in Economics and Economic History 194)*. Westport, Conn. 1998; Luca Einaudi, *Money and Politics. European Monetary Unification and the International Gold Standard (1865-1873)*. Oxford 2001.

ben. Zentrale Aspekte einer modernen Währungsunion blieben damit außen vor: Die Vertragsstaaten waren nicht zur Konvertibilität ihrer Währungen verpflichtet und es gab keine einheitliche Zinspolitik. Der Beitritt zu einer Münzunion des 19. Jahrhunderts stellte also einen wesentlich geringeren Verlust (national-)staatlicher Souveränität dar als der Beitritt zu einer Währungsunion im späten 20. Jahrhundert.

Gleichermaßen fragwürdig ist die These, das junge Deutsche Reich habe mit der Einführung der Goldwährung eine „währungs-politische Leitfunktion in Europa“ angestrebt. Als Deutschland sich 1871/73 gegen den französischen Münzfuß der Jahre 1803/65 entschied – der zugleich die Grundlage der auf der ersten internationalen Währungskonferenz von 1867 avisierten „Weltmünze“ darstellte –, war es sich durchaus bewusst, dass es damit nicht an dem in Europa am weitesten verbreiteten Münzsystem teilhaben würde. Diese skeptische Einschätzung wurde durch den Gang der Ereignisse durchaus bestätigt. Während der neue deutsche Münzfuß keinerlei Nachahmung fand, behielt das französische Münzsystem auch später seine Attraktion und wurde so etwa zur Grundlage der Münzgesetzgebung für alle südosteuropäischen Staaten, die aufgrund ihrer seinerzeit gerade erlangten politischen Unabhängigkeit auf der Suche nach einem Vorbild waren.³

Das Hauptziel des deutschen Übergangs zur Goldwährung war vielmehr die Sicherung der Geldwertstabilität, die man sich seit den späten 1860er-Jahren nur noch vom Gold versprach. Dieses Gefühl war universell, und so verwundert es auch nicht, dass es mit Rumänien (1867), Schweden (1872), Norwegen (1872) und Dänemark (1872) mehrere Staaten gab, die goldmonometallistische Gesetzgebungen bereits vor dem maßgeblichen deutschen Währungsgesetz von 1873⁴ erlassen

hatten. Alle Staaten mit bimetallistischer und Silberwährung hatten Angst vor einem fortschreitenden Preisverfall des weißen Metalls und damit insbesondere auch Angst davor, dass andere Staaten schneller zum Gold übergehen, infolgedessen vorhandenes Münzsilber auf den Weltmärkten liquidieren und den Silberpreis damit weiter drücken könnten. Diese Einschätzung wurde etwa auch von Frankreich geteilt, das gerne als der stärkste und letzte Befürworter des (nationalen) Bimetallismus gesehen wird. So heißt es etwa in dem Bericht der französischen Währungskommission der Jahre 1869/70: «...il y a dans toute l'Allemagne un fort mouvement d'opinion en faveur de l'or, et, si cette vaste contrée démonétise son argent, tout ce métal déprécié va refluer en France, remplaçant notre or qui va passer le Rhin.»⁵ Seit den späten 1860er-Jahren lag der weltweite Übergang zum Goldstandard also gewissermaßen in der Luft; die meisten Zeitgenossen waren sogar der Ansicht, dass Frankreich den Empfehlungen der Währungskommission von 1869/70 gefolgt und damit vor Deutschland zu Gold übergegangen wäre, wenn es nicht zum Deutsch-Französischen Krieg gekommen wäre.⁶ Der Übergang zum Goldstandard scheint damit also letztlich doch eher in ökonomischen als politischen Faktoren begründet zu sein.

Trotz dieser kleinen Anmerkungen kann die Lektüre von Thiemeyers Buch zur währungspolitischen Kooperation im europäischen Staatensystem des späten 19. Jahrhunderts nur

ber 1871 beinhaltete entgegen weitverbreiteter Meinung nicht den Übergang zum Goldstandard. Vgl. zu diesem Problembereich Bernd Sprenger, Währungs-wesen und Währungspolitik in Deutschland von 1834 bis 1875 (Kölner Vorträge und Abhandlungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 33). Köln 1981, S. 30 f.

3 Matthias Morys, South-Eastern European Monetary History in a Comparative Perspective, 1870s to 1914, in: Monetary Time Series of Southeastern Europe from the 1870s to 1914 (Bank of Greece Working Paper Nr. 94/2009). Athen 2009, S. 11-33.

4 Das erste deutsche Währungsgesetz vom 4. Dezem-

5 Ministères des Finances et de l'Agriculture et du Commerce (Conseil Supérieur du Commerce, de l'Agriculture et de l'Industrie), Enquête sur la question monétaire. Paris 1872, S. 384.

6 Adolf Soetbeer, Literarnachweis über Geld- und Münzwesen insbesondere über den Währungsstreit, 1871-1891. Mit geschichtlichen und statistischen Erläuterungen. Berlin 1892, S. 122; Karl Helfferich, Die Reform des deutschen Geldwesens nach der Gründung des Reiches, Bd. 1. Leipzig 1898, S. 133.

wärmstens empfohlen werden. Es handelt sich um eine in sich geschlossene und elegant geschriebene Darstellung, an der (Wirtschafts-) Historiker und Politologen gleichermaßen Interesse finden werden.

York

Matthias Morys

(Dr. Matthias Morys, Lecturer, University of York, Department of Economics, York YO10 5DD, United Kingdom)

Bernd O. Weitz (Hrsg.), *Bedeutende Ökonomen*. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München 2008, 205 S., € 19,80.

Wer hat die Grundlagen unseres heutigen Wissens über wirtschaftliche Zusammenhänge mit welchen bahnbrechenden und zukunftsweisenden Ideen und Erkenntnissen geschaffen, und in welchen Werken sind diese verewigt? Darum geht es dem Herausgeber Bernd O. Weitz (†) und seinen Autoren. Das Buch soll sich, so der Rückseitentext, an „*Studierende, Wissenschaftler und Nichtwissenschaftler* [richten], *die sich für Schaffen und Hintergrund bedeutender Ökonomen interessieren*“.

Die Problematik eines „*Bedeutende Ökonomen*“ betitelten Buches greift der Herausgeber gleich im Vorwort auf: Sie liegt einerseits in der Subjektivität der Auswahl und andererseits in der Komplexität von Werk und Lebensgeschichte des als bedeutend eingestuften Ökonomen. Beim besprochenen Band handelt es sich um eine „*persönliche Auswahl*“ (S. V), die Portraits von insgesamt 20 – allesamt verstorbenen – Ökonomen aus den letzten vier Jahrhunderten umfasst, ohne dass erläutert wird, warum es gerade zu dieser Auswahl kam. Daher wäre zu klären, ob die Auswahl repräsentativ (sind die wichtigsten Ökonomen vertreten, wer fehlt und wer gehört etwa gar nicht in die Liste?) und vor allem zweckdienlich ist.

Als „*herausragende Impulsgeber*“ (Rückseitentext) werden aus dem 17./18. Jahrhundert Johann-Joachim Becher und Francois Quesnay vorgestellt, aus dem 18./19. Jahrhun-

dert Adam Smith, Jean-Baptiste Say, Heinrich von Thünen, Thomas Malthus, David Ricardo und Karl Marx sowie aus dem 19./20. Jahrhundert Léon Walras, Vilfredo Pareto, Max Weber, Joseph Schumpeter, Walter Eucken, John Maynard Keynes, Friedrich von Hayek, Wassily Leontief, Kenneth Galbraith, Milton Friedman, Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack.

Nicht behandelt werden die alles andere als unbedeutenden John Stuart Mill, Knut Wicksell, Arthur Pigou, Alfred Marshall, Ludwig von Mises, Irving Fisher, Piero Sraffa, John Hicks, Paul Samuelson, Robert Solow, Gérard Debreu und John Nash, um nur einige zu nennen. Robert Solow zum Beispiel ist wichtig, weil er ein Modell des nachhaltigen Wirtschaftswachstums entwickelt hat, das sich auf viele Industrie- und Schwellenländer anwenden lässt und als Gegenstück zum Malthusianischen Stagnationsmodell aufgefasst werden kann. Will sagen: Wer Malthus behandelt, sollte auch auf Solow eingehen.

Die jeweiligen Portraits, die ohne Mathematik auskommen, erstrecken sich im kürzesten Fall auf sechs Seiten (Quesnay) und im längsten Fall auf 15 Seiten (Marx); das Portrait von Keynes bringt es immerhin auf elf Seiten (inklusive ganzseitigem Photo). Die Struktur der Einzelbeiträge ist in der Regel gleich: Am Anfang steht der Abschnitt „*Lebensweg*“ mit biografischen Angaben, die durchweg interessant sind, gelegentlich aber persönliche Dinge ansprechen, die nichts zur Sache tun, ähnlich wie bei dem mehrfach zitierten Band „*Dr. Strangelove's Game. A Brief History of Economic Genius*“ von Paul Strathern, das auf deutsch unter dem unsinnigen Titel „*Schumpeters Reithosen*“ erschienen ist.¹

Im zweiten Abschnitt wird das „*Wissenschaftliche Vermächtnis*“ vorgestellt, das über Werk und Wirkung Auskunft gibt. In Anbetracht des geringen Raumes, der diesem

¹ Paul Strathern, *Dr. Strangelove's Game. A Brief History of Economic Genius*. London et al. 2001); ders., *Schumpeters Reithosen. Die genialsten Wirtschaftstheorien und ihre verrückten Erfinder*. Frankfurt am Main et al. 2003.

Abschnitt gewidmet wird, dürfte es kaum überraschen, dass die Darstellung generell oberflächlich, manchmal sogar unstimmig ist. In einigen Porträts gelingt es auch nicht, die Essenz des jeweiligen Beitrags für die Wissenschaft auf den Punkt zu bringen.

Der sehr knapp gehaltene Abschnitt „*Textbeispiele*“, welcher für den jeweiligen Ökonomen möglichst charakteristische Textauszüge liefern soll, ist nicht immer gelungen. Textauszüge im Umfang von einer halben Seite bis zwei Seiten sind problematisch bei Wissenschaftlern mit monumentalem Werk, wie zum Beispiel Marx und Keynes, aber auch bei solchen mit überschaubarerem Oeuvre, wenn dieses viele Facetten aufweist. Milton Friedman zum Beispiel hat im intellektuellen Leben des 20. Jahrhunderts drei Rollen gespielt: die des Ökonomen – der technische, mehr oder wenig apolitische Analysen zum Konsumentenverhalten und zur Inflation vorgelegt hat –, die des politischen Unternehmers für die Sache des Monetarismus und schließlich die des Ideologen bzw. Apologeten der Doktrin des freien Marktes. Ist dies alles auf zwei Seiten unterzubringen? Völlig misslingt die Umsetzung der an sich guten Idee des Werkauszugs bei Becher und von Thünen.

Kurze Angaben über weiterführende Literatur sowie zu Internetquellen (inklusive Wikipedia) ergänzen die Portraits. Die Literaturlisten sind nicht sorgfältig genug zusammengestellt, denn sie enthalten nicht mehr als rudimentäre Angaben zu Originalwerken und Sekundärliteratur inklusive anekdotischem Material. Von Schumpeters Werken wird allein die „*Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*“ genannt;² bei Keynes fehlt der enorm wichtige Essay „*The End of Laissez-Faire*“³ sowie die Biografien von Harrod, Skidelsky und Minsky.⁴

2 Joseph Alois Schumpeter, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. Leipzig 1912.

3 John Maynard Keynes, *The End of Laissez-Faire*. London 1926.

4 Roy F. Harrod, *The Life of John Maynard Keynes*. London 1951; Robert Jacob Alexander Skidelsky, *Keynes*. Oxford 1996; Hyman P. Minsky, *John Maynard Keynes (Great Economists Series)*. New York 1975.

Mit einem Umfang von 200 Seiten für 20 Porträts bekannter Ökonomen kommt einem der von Bernd O. Weitz herausgegebene Band wie das Reiseprogramm „Europa in fünf Tagen“ vor. Warum wird ein solches Buch gebraucht und von wem? Der Herausgeber beantwortet die erste Teilfrage mit dem heutigen Zustand der Wirtschaftswissenschaften, der durch weitgehende Spezialisierung, Differenzierung und vor allem Formalisierung gekennzeichnet ist. Die Volkswirtschaftslehre als akademische Disziplin hat sich inzwischen auch in Deutschland dem Dreiklang „Mikroökonomie – Makroökonomie – Ökonometrie“ verschrieben und die Behandlung dogmenhistorischer Themen im besten Fall in Randveranstaltungen untergebracht. Im schlechtesten Fall wird der Studienanfänger, dem der Besuch solcher Vorlesungen nicht vergönnt ist, nach der Lektüre des Bandes von Bernd O. Weitz von Ratlosigkeit gepackt sein, weil der Vorlesungsalltag so gut wie nichts zu tun hat mit dem, was in diesem Band skizziert wird. Denn der angebotene Stoff stammt in der Regel aus modernen amerikanischen Lehrbüchern, präsentiert von Professoren, die ihr Wissen aus ebendiesen (und anderen) Lehrbüchern beziehen, wobei die Wegbereiter und Weichensteller der darin enthaltenen Theorien fast völlig in den Hintergrund getreten sind. So gesehen hätte „Bedeutende Ökonomen“ auch für Wissenschaftler von Nutzen sein können – wenn die Einzelbeiträge ausführlicher und gehaltvoller ausgefallen wären. Sicherlich wäre auch eine Reduzierung der Liste der behandelten Vertreter des Fachs angebracht gewesen nach dem Kriterium, ob die Volkswirtschaftslehre als akademische Disziplin heute weniger weit entwickelt wäre, wenn es den einen oder anderen Ökonomen nicht gegeben hätte. Man hätte auch stellvertretend für die verschiedenen Denkrichtungen der Ökonomie jeweils nur einen Repräsentanten auswählen können, anstatt wie zum Beispiel zum Thema der Sozialen Marktwirtschaft gleich drei Vertreter (Eucken, Erhard, Müller-Armack) vorzustellen. Als Fazit bleibt festzuhalten, dass das besprochene Buch noch am ehesten für

an der Materie interessierte Laien geeignet ist, denen man es durchaus empfehlen kann.

Darmstadt

Klaus Pertz

(Dr. Klaus Pertz, Technische Universität Darmstadt, Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Fachgebiet Wirtschaftstheorie, Residenzschloss, Marktplatz 15, D-64283 Darmstadt)

Annette Schäfer, Die Kraft der schöpferischen Zerstörung. Joseph A. Schumpeter. Die Biografie. Campus Verlag, Frankfurt am Main/ New York 2008, 285 S., € 24,90.

2008 war es wieder soweit: das Marx-Keynes-Schumpeter Jahr. 125 Jahre nach dem Tod des ersteren und ebenso lange nach der Geburt der beiden letzteren großen Ökonomen, die das dritte bzw. letzte Viertel des 20. Jahrhunderts stärker prägen sollten, konnte eine Flut neuer Literatur nicht ausbleiben. Zu den Werken über Joseph Schumpeter gehören zwei neue Biografien: das international viel beachtete Werk von Thomas McCraw,¹ Unternehmenshistoriker an Schumpeters letzter Wirkungsstätte, der Harvard University, und das vorliegende Werk von Annette Schäfer, Volkswirtin, Psychologin und Journalistin, die sich unter Auswertung von Schumpeters Korrespondenz und seiner umfangreichen Tagebuchaufzeichnungen auf Schumpeters Leben konzentriert, in dem eine außergewöhnliche wissenschaftliche Produktivität nach der Tragödie des Sommers 1926, als Mutter, (zweite) Ehefrau Annie Reisinger und das neugeborene Kind innerhalb weniger Wochen verstarben, mit einer chronischen Depression einherging.

Schumpeter publizierte seine herausragende Habilitationsschrift „*Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*“ bereits im Alter von 25 Jahren,

und nur vier Jahre später seine „*Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*“ (TWE), die bis heute als sein wichtigstes Werk gilt.² Stellvertretend für die beiden Werke, die Schumpeter als eine Einheit konzipiert hat, stehen die Begriffe „Statik“ und „Dynamik“. Während das „Wesen“ ein System allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts in der Tradition von Leon Walras formuliert, den Schumpeter als größten aller Ökonomen ansah, ist es andererseits doch die Herausforderung durch Karl Marx, die für Schumpeters zentrales Lebensthema, die Untersuchung der Ursachen und Folgen wirtschaftlicher Dynamik sowie der langfristigen Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie und Gesellschaft, wesentlich bedeutsamer ist.

Am 8. Februar 1883 im mährischen Triesch, dem heutigen Třešť, geboren, verliert Schumpeter schon im Alter von vier Jahren seinen Vater, einen Textilunternehmer, der bei einem Jagdunfall umkommt. Die Wiederheirat seiner ehrgeizigen Mutter Johanna mit dem pensionierten Feldmarschall-Leutnant Sigismund von Kéler ermöglicht Schumpeter den Besuch des Wiener Elitelyzeums Theresianum. Wie damals in Österreich üblich, studiert Schumpeter Volkswirtschaftslehre im Rahmen seines Jurastudiums, das er 1906 mit der Promotion abschließt. Maßgeblich geprägt wird er durch seine akademischen Lehrer Friedrich von Wieser und Eugen von Böhm-Bawerk, der Schumpeters Interesse für die Zins- und Kapitaltheorie, vor allem aber für die Konjunkturtheorie und die kritische Auseinandersetzung mit der Marx'schen Wirtschaftstheorie weckt. Zu seinen Kommilitonen gehören die sozialistischen Theoretiker Otto Bauer, Rudolf Hilferding und Emil Lederer ebenso wie der Liberale Ludwig von Mises.

Dem wissenschaftlichen und sprachlichen Genie Schumpeter, der 1909 außerordentlicher Professor an der Kaiser Franz-Joseph Universität im entlegenen Czernowitz und 1911 durch

1 Thomas K. McCraw, Prophet of Innovation. Joseph Schumpeter and Creative Destruction. Cambridge, Mass. 2007.

2 Josef Alois Schumpeter, Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie. Leipzig 1908, ders., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Leipzig 1912.

kaiserlichen Erlass Ordinarius in Graz wird und bereits mit 30 Jahren die Ehrendoktorwürde von der Columbia University in New York erhält, bleiben nach dem Ersten Weltkrieg die ersehnten Rufe an die Hauptstaduniversitäten Wien und Berlin verwehrt. Hierzu tragen auch sein Scheitern als kurzfristiger Finanzminister der Republik Österreich 1919 und Präsident der Biedermann Bank in Wien 1921-24 bei. Vor allem aber sind es Schumpeters dandyhafte Erscheinung, sein unkonventioneller Lebensstil und sein häufig provokatives Auftreten, die seinen Gegnern wie etwa 1931/32 Werner Sombart in Berlin das Geschäft erleichtern. So hat er sich von seiner ersten Ehefrau, der Engländerin Gladys Ricarde Seaver, bereits im Ersten Weltkrieg getrennt, aber offenkundig nie scheiden lassen.

Annette Schäfer geht es darum, Schumpeters schillernde Persönlichkeit, die ihn in Österreich, Deutschland wie den USA häufig zum Außenseiter stempelte, hinter seinem wissenschaftlichen Werdegang zu verdeutlichen. Mit der Berufung nach Bonn 1925 begann Schumpeters akademischer Aufstieg, der ihn 1932 an die Harvard University führte. Dort ging er mit Elizabeth Boody Firuski 1937 eine glückliche dritte Ehe ein, wurde aber aufgrund seiner Abneigungen gegen Roosevelt und die aufkommende keynesianische Revolution, vor allem aber wegen seiner überraschend pro-deutschen Haltung in den Kriegsjahren, zunehmend isoliert. Dies änderte sich jedoch in der Nachkriegszeit schnell, als er mit der Wahl zum Präsidenten der American Economic Association 1948 und der Designation zum ersten Präsidenten der International Economic Association seinen wissenschaftlichen Höhepunkt erreichte. Schumpeter erlag am 8. Januar 1950 in seinem Haus in Taconic, Connecticut, einem Gehirnschlag.

Natürlich lässt sich die Autorin die üblichen schönen Anekdoten wie die wohl bekannteste, von Schumpeter selbst häufig kolportierte der dreifachen Zielsetzung, der beste Liebhaber Wiens, der beste Reiter Europas und der größte Ökonom der Welt zu werden, von denen er wegen eines zweitklassigen geerbten Sattels

nur zwei erreicht habe, nicht entgehen. Jedoch gelangt Annette Schäfer in ihrer gründlich recherchierten, lebendigen und sehr gut lesbaren Biografie schnell über derartige Kalauer hinaus. Zweifelsohne hat sie ihre Hausaufgaben als Wissenschaftsjournalistin, unter anderem auch durch ein intensives Studium des Schumpeter-Nachlasses in Harvard, gut erledigt. Auch bewegt sie sich im Allgemeinen recht sicher vor dem Hintergrund von Schumpeters Theorie und Theorieentwicklung, obwohl man über diese und ihren zeitgenössischen Kontext nur wenig und nichts grundlegend Neues erfährt. Hierzu sind immer noch die Biografie von Swedberg, soweit es den Sozialökonom Schumpeter und seine Prägung durch Max Weber betrifft, und vor allem die herausragende Studie von Stolper unverzichtbar.³ Leider be ruft sich Schäfer etwas zu häufig auf den etwas geschwätzig und bezüglich Schumpeters voramerikanischer Phase nicht immer zuverlässigen Allen,⁴ aber nur wenig auf Wolfgang Stolper, der dann auch noch mit seinem Vater Gustav verwechselt wird (S. 119). Fehlerhaft ist auch, dass Schumpeter seine „*Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*“ in der zweiten Auflage von 1926 „*um ein komplett neues soziologisches Kapitel ergänzte*“ (S. 124). Vielmehr wurde das („*verschwundene*“) siebte Kapitel der ersten Auflage von Schumpeter als ein Fragment an Kultursoziologie gestrichen, da es die Leser von der reinen Wirtschaftstheorie ablenke. Störend ist auch die häufige Bezugnahme auf McCraw in Kapitel 6 über Schumpeters Verhältnis zu Keynes, dessen Geburtsjahr ebenso fehlerhaft angegeben wird (S. 155) wie der Titel von Schumpeters posthum erschienenem Buch zur Geldtheorie „*Das Wesen [nicht Leben!], Anm. d. Verf.] des Geldes*“ (S. 265, Anm. 44). Zudem war es nicht das Erscheinen von Keynes' „*Treatise on Money*“,

3 Richard Swedberg, Schumpeter. A Biography. Princeton, N. J. 1991; Wolfgang F. Stolper, Joseph Alois Schumpeter. The Public Life of a Private Man. Princeton, N. J. 1994.

4 Robert Loring Allen, Opening Doors. The Life and Work of Joseph Schumpeter, 2 Bde. New Brunswick, N.J. 1990.

der Schumpeter zuvorgekommen sei, sondern die zu ambitionöse Zielsetzung, die Schumpeter zu Lebzeiten an der Publikation seines geldtheoretischen Werkes gehindert hat.⁵

Schäfer wählt für ihren Buchtitel wie McCraw Schumpeters Metapher der „*schöpferischen Zerstörung*“, die jedoch explizit erst in Schumpeters Bestseller „*Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*“ erscheint, wo der „*Prozess der schöpferischen Zerstörung*“ als das für den Kapitalismus wesentliche Faktum dargestellt wird.⁶ In diesem Spätwerk jedoch geht der Kapitalismus an seiner inneren Zersetzung durch Bürokratisierung, Reglementierung und eine wachsende Feindschaft der Intellektuellen zugrunde. Die Unternehmerfunktion veraltet und wird zunehmend ausgehöhlt, auch da der technische Fortschritt immer mehr zu einer Angelegenheit geschulter Spezialistengruppen wird. Hier schließt sich der Kreis. Schumpeter, für den das Marx'sche Werk mit seiner Betonung der dynamischen Kräfte der Entwicklung kapitalistischer Volkswirtschaften, insbesondere der zentralen Rolle der Kapitalakkumulation und des Technischen Fortschritts, die zentrale Herausforderung bildet, gelangt nunmehr wie Marx zu der Schlussfolgerung, dass eine sozialistische Gesellschaftsordnung unvermeidlich aus einer ebenso unvermeidlichen Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft hervorgehen wird. Allerdings sind es nicht die Fehlschläge, sondern gerade die herausragenden Erfolge des Kapitalismus, die seine eigenen Fundamente untergraben. Auch bedeute die Prognose des Arztes, dass sein Patient sterben würde, keineswegs, dass er es wünsche.

Bekanntermaßen ist Schumpeters Prognose bis heute nicht eingetreten, auch wenn der Kapitalismus sich gegenwärtig wie zu seinen

und Keynes' Lebzeiten erneut in einer großen Krise befindet. Krisen sind gemäß Schumpeter aber eine unvermeidliche Begleiterscheinung kapitalistischer Entwicklung, die wellenförmig verläuft. Für Schumpeter bilden Wachstum und Konjunktur eine Einheit, mit dem „Technischen Fortschritt“ als zentraler Determinante des Konjunkturzyklus, aber zugleich auch als wesentlicher Bestimmungsgrund des langfristigen Trends. Schumpeter verbindet in seiner Analyse drei Elemente („Triade“) in innovativer Weise: die zentrale Rolle der „Innovationen“, die fortlaufend zu diskontinuierlichen Prozessen schöpferischer Zerstörung führen, ihrer Durchsetzung aber seiner Lichtgestalt des „dynamischen Pionierunternehmers“ bedürfen, der wiederum auf Kredite der Banken angewiesen ist, um seine Ideen zu verwirklichen. Schumpeters Analyse des Konjunkturphänomens kulminiert knapp drei Jahrzehnte nach Erscheinen der TWE im zweibändigen Werk „*Business Cycles*“, in dem er die langfristigen Kondratieff-Wachstumszyklen mit den mittelfristigen Juglar-Zyklen und den kurzfristigen Kitchin-Zyklen – die jeweils aus den vier Phasen Prosperität, Rezession, Depression und Erholung bestehen – superponiert und neben theoretischen auch umfassende statistische und historische Erörterungen anstellt.⁷ Wie Schäfer zurecht betont, fand dieses Werk nicht zuletzt aufgrund des Siegeszuges der keynesianischen Revolution nicht die von Schumpeter erhoffte Resonanz. Die außergewöhnliche Arbeitsleistung und die ungeheure Belesenheit Schumpeters dokumentiert seine posthum erschienene „*Geschichte der ökonomischen Analyse*“, die bis heute unübertroffen ist.⁸ Wer sein Vorurteil revidieren möchte, dass die Rationalität des Homo Oeconomicus auch die Vita des Wirtschaftswissenschaftlers zu einer nüchternen und langweiligen Angele-

5 Joseph Alois Schumpeter, *Das Wesen des Geldes*. Aus dem Nachlaß herausgegeben und mit einer Einführung versehen von Fritz Karl Mann. Göttingen 1970; John Maynard Keynes, *A Treatise on Money*, Bd. 1: *The Pure Theory of Money*, Bd. 2: *The Applied Theory of Money*. New York 1930.

6 Joseph Alois Schumpeter, *Capitalism, Socialism and Democracy*, New York 1942.

7 Joseph Alois Schumpeter, *Business Cycles*, 2 Bde. New York et al. 1939.

8 Joseph Alois Schumpeter, *Geschichte der ökonomischen Analyse*. Nach dem Manuskript herausgegeben von Elizabeth B. Schumpeter, 2 Bde. Göttingen 1965.

genheit machen müsste, der ist mit der Lektüre von Annette Schäfers Biografie über Schumpeter gut bedient.

Stuttgart

Harald Hagemann

(Prof. Dr. Harald Hagemann, Universität Hohenheim, FG VWL insb. Wirtschaftstheorie (520H), Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, D-70593 Stuttgart)

Bernd Rudolph, Geschichte der Sparkassenbetriebswirtschaft (Sparkassen in der Geschichte, Abteilung 3: Forschung 21). Deutscher Sparkassenverlag, Stuttgart 2008, 182 S., € 37,34.

Eine Geschichte der Sparkassenbetriebswirtschaft zu schreiben, ist ein höchst ambitioniertes Unterfangen. Dies schon deshalb, weil nämlich vorab zu klären ist, ob jenseits der allgemeinen Bankbetriebswirtschaft genügend Abgrenzungsmerkmale existieren, die eine eigenständige Sparkassenbetriebswirtschaft begründen könnten, beziehungsweise, ob es eine solche gibt oder gegeben hat. Denn, dass Sparkassen im Großen und Ganzen zu „normalen Kreditinstituten“ geworden sind, wird man kaum bestreiten können, und sie sehen sich dann auch vor die gleichen betriebswirtschaftlichen Herausforderungen gestellt wie ihre Konkurrenten. Was Sparkassen im Gegensatz zum Rest der deutschen Kreditwirtschaft zusätzlich ausmacht, sind „lediglich“

- ◊ die typischerweise regionale Beschränkung („Regionalprinzip“),
- ◊ das damit einhergehende sparkassenspezifische Zielsystem (in der Regel Verzicht auf Gewinnmaximierung, Orientierung an einer strukturellen Mindestrentabilität bei Verfolgung gemeinwirtschaftlicher, strukturpolitischer und regionalpolitischer Aufgaben),
- ◊ die Einbettung in den Sparkassenverbund und
- ◊ ihre (in der Regel) öffentlich-rechtliche Trägerschaft.

Der renommierte Kapitalmarktforscher und Ordinarius der Universität München, Bernd Rudolph, hat sich dieser Herausforderung, die Geschichte einer speziellen Sparkassenbetriebswirtschaft zu schreiben, angenommen. Angesichts des oben angesprochenen Dilemmas, besondere sparkassenspezifische und allgemeine bankbetriebliche Aspekte zu verknüpfen, hat er sich richtigerweise entschieden, seine Untersuchung auf zwei Säulen aufzubauen. Zum einen will er „*die Beiträge zur Entwicklung betriebswirtschaftlicher Instrumente in ihrem allgemeinen ökonomischen Bezug*“ (S. 11) würdigen. Zum anderen reflektiert er sie immer wieder auch dort, wo es naheliegender ist und möglich erscheint „*im Hinblick auf ihren Einsatz und ihre Bedeutung im Sparkassenbereich*“ (S. 11).

Folgerichtig zeichnet er nach einer ersten Bestandsaufnahme der Entwicklungslinien der Betriebswirtschafts- und Bankbetriebslehre (in Deutschland) die wichtigen Einflüsse der Sparkassen- (und Bank-)praxis auf die Entwicklung der Sparkassenbetriebswirtschaft auf. Er verdeutlicht dabei, dass die Sparkassenbetriebswirtschaft erst nach dem Ersten Weltkrieg und der Inflationszeit erste Konturen gewann, da die Sparkassen zuvor lediglich kleine Institute mit einfachster Geschäftstätigkeit waren und die Anforderungen an das betriebswirtschaftliche Know-how, an das Rechnungswesen und an die Organisation sich recht bescheiden darstellten. Erst dann entwickelte sich auch die Infrastruktur der Sparkassenorganisation (Verbandsrevision, Lehrinstitut, Deutscher Sparkassenverlag, Sparkassen-Mustersatzung – um nur einige zu nennen). Wichtige Entwicklungen wurden dann durch die Bankenenquête (1933) und durch das Reichsgesetz über das Kreditwesen (1934) eingeleitet, in dessen Gefolge auch die Aufgaben des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) deutlich enger gefasst wurden. Rudolph zeigt auf, dass dies ungewollt zu einer Schärfung der betriebswirtschaftlichen Kompetenz des Verbandes führte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde daraus die Keimzelle für den Auf- und Ausbau der

Sparkassenbetriebswirtschaft, wobei zunächst betriebstechnische und organisatorische Fragestellungen – neben dem Rechnungswesen, der Revision und der Kontrolle – im Vordergrund standen. Später und bis heute kamen dann das Marketing und das Controlling mit den damit verbundenen Planungs-, Informations-, und Kontrollsystemen in den Fokus. Auch zeigte sich das Bemühen, die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung möglichst vielfältig auszuschöpfen.

Rudolph gliedert dann im Hauptteil seiner Monografie die zu behandelnden Themen in vier Komplexe, die er im Einzelnen ausführlich und fundiert beleuchtet:

1. Die Entwicklung der externen Unternehmensrechnung und der Revision im Sparkassensektor,
2. die Entwicklung des internen Rechnungswesens von der Unkostenkalkulation „zur Kosten und Erlösrechnung“,
3. die Entwicklung und Neukonzeptionen der Kalkulationsverfahren im Betriebsbereich und
4. die Entwicklung von Kalkulationsverfahren im Wertbereich und Risikocontrolling.

Zu (1.): Die Sparkassen mussten Prüfungs- und Publizitätspflichten schon frühzeitig erfüllen, jedenfalls lange bevor ähnliche Vorschriften auch für andere Branchen galten. Dabei haben sich im Gefolge der schrittweisen Annäherung der Geschäftsstrukturen im Sparkassensektor an die der privaten und genossenschaftlichen Banken auch die Rechtsnormen einander angenähert, sodass heute kaum noch Sparkassenspezifika in diesem Bereich festzustellen sind. Historisch interessant und vom Autor detailliert und kenntnisreich beschrieben, sind aber die Entwicklungen bis zum heutigen Stand. Dieser ist vor allem gekennzeichnet durch einen langen Prozess der Vereinheitlichung der Sparkassenrechnungslegung (Stichwort: von der Kameralistik zur kaufmännischen Buchführung) sowie dem Entwicklungsprozess, der von dem anfänglichen Sonderstatus der Kreditinstitute – der ihnen durch spezielle Ansatz- und Bewertungsregeln die Bildung und (stille) Auflösung stiller Reserven in fast unbegrenz-

tem Maße ermöglichte – reicht bis zur Umsetzung der Forderung nach einem „*true and fair view*“ auch bei den Kreditinstituten und den Rechnungslegungsnormen der Kreditinstitute.

Auch die Sparkassenrevision stand lange im Zentrum vielfältiger Debatten. Im Kern kann die Gründung von Sparkassenverbänden als eigentliches Instrument zur Einführung einer Verbandsrevision gesehen werden, wobei diese in den Anfängen der Sparkassen nicht zwingend auferlegt wurde. Dies änderte sich erst, als es gelang, die staatliche Revision generell durch die Verbandsrevision zu ersetzen. Die Verbandsrevision ist im Übrigen auch eine Geschichte der fortwährenden Ausdehnung der Revisionstätigkeit, sowohl in sachlicher als auch in zeitlicher Hinsicht (von der Buchführungsprüfung zur Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse, von einem anfangs empfohlenen dreijährigen Rhythmus zur einjährigen Jahresabschlussprüfung).

Zu (2.): Hier geht Rudolph auf die Anfänge der bankbetrieblichen Kosten- und Erlösrechnung ein und beschreibt die Entwicklung für die Zeit bis in die Siebzigerjahre des vorigen Jahrhunderts gemeinsam für den Wert- und Betriebsbereich, bevor er dann für die nachfolgende Zeit den Betriebs- und den Wertbereich getrennt behandelt.

Das Interesse an einer Kostenrechnung in den Kreditinstituten war zunächst äußerst begrenzt. Gründe hierfür können darin gesehen werden, dass ihre Betriebskosten im Vergleich zu den Ergebnissen aus dem Wertbereich gering waren und Dienstleistungen beispielsweise im Zahlungsverkehr bis zur großen Rentabilitätskrise der Kreditwirtschaft im Gefolge der Inflation und in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg praktisch unentgeltlich abgegeben wurden. Mit dem Anschwellen des Mengengeschäfts und dem steigenden Kostendruck setzte hier aber ein Umdenken ein, wobei die Sparkassen wegen ihrer besonderen Geschäftsstruktur hier eine Art Vorreiterrolle spielten. In der Literatur ist in dieser Zeit eine wachsende Zahl von Veröffentlichungen zur Bankkosten- und Erfolgsrechnung festzustellen, auf die Rudolph mit Verweis auf die wissenschaftlichen

Bemühungen in diesem Bereich näher eingeht. Eine wichtige Rolle für deren Anerkennung und Aufwertung in der Praxis spielt dabei Hans Rummel, der als Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Mitwirkender der Bankeneinkunft wichtige Beiträge lieferte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte die Diskussion um eine aussagefähige Kosten- und Erlösrechnung schnell wieder ein und zahlreiche Vertreter, die dieses Gebiet vorantrieben, werden von Rudolph gewürdigt. Speziell die Empfehlung von Stefan Kaminski, die Kosten und Erlöse jeweils dem Betriebs- und dem Wertbereich zuzuordnen, setzte sich nun schnell durch und wurde zur Grundlage für die Systeme der traditionellen Bankkosten- und Erfolgsrechnung, die besonders auch von den Verbänden der Kreditwirtschaft (vor allem in den Sechzigerjahren), aber auch von der Wissenschaft entwickelt und vorgeschlagen wurden.

Der Terminus „traditionell“ bezieht sich dabei im Betriebsbereich auf die starke Betonung der Vollkostenrechnung und im Wertbereich auf die Verwendung von Schichtenbilanz- und Poolmethoden. Diese behandelt Rudolph in der nötigen Klarheit und Prägnanz, ohne allerdings deren Grenzen aus heutiger Sicht anzudeuten (was allerdings in späteren Kapiteln erfolgt und worauf zweckmäßigerweise bereits hier zu verweisen wäre, um keine Fehlschlüsse für den „nicht eingeweihten“ Leser zu provozieren).

Zu (3.): Die auf einer traditionellen Vollkostenrechnung basierende Bankkostenrechnung wurde etwa ab dem Ende der Sechzigerjahre als rückständig erkannt und nun um wesentliche Elemente ergänzt und modifiziert. Zentrale Kritikpunkte waren dabei die Gemeinkostenschlüsselung und Fixkostenproportionalisierung in den traditionellen Systemen. Eine einfache Übertragung der Deckungsbeitragsrechnung (in Form etwa des Direct Costing) aus der Industrie galt jedoch wegen der hohen Fixkosten- und Gemeinkostenanteile auch von nur geringem Aussagewert. Daher verfuhr man häufig zweigleisig, wie viele Empfehlungen aus diesen Jahren verdeutlichen.

Eine eigentliche Neuorientierung kann erst im Verlauf der Achtzigerjahre festgestellt werden, als mit der für den Betriebsbereich von Kreditinstituten konzipierten Grenzplankostenrechnung und der prozessorientierten Standard-Einzelkostenrechnung Systeme entwickelt wurden, die die immanenten Grenzen der traditionellen Rechnungen zu entschärfen versprochen. Rudolph stellt der Standard-Einzelkostenrechnung noch die Prozesskostenrechnung gegenüber, obgleich sie materiell nicht als eigenständiges Rechnungskonzept gelten kann.

Zum Schluss werden noch unter anderem Benchmarkingkonzepte und das Instrument des Target-Costing gewürdigt, die die eigentliche Controlling-Dimension der Kosten- und Erlösrechnung um wichtige Impulse bereichern, wie etwa das retrograde Vorgehen und die Wahl von multiplen Vergleichsgrößen.

Zu (4.): Schließlich wendet sich Rudolph den Kalkulationsmethoden im Wertbereich der Banken zu und verweist zunächst auf die vielfältigen Versuche, Teilspannen für einzelne Bilanzpositionen aus Schichtenbilanz- und Poolmethoden herzuleiten. Trotz umfangreicher und grundsätzlicher Kritik versuchte die Praxis noch bis in die Achtzigerjahre des vorigen Jahrhunderts an diesen Konzepten festzuhalten, bis – nicht zuletzt auch wegen der stärker werdenden Anforderungen an die Controllingqualität von Margeninformationen – das Aufkommen der Marktzinsmethode, das Rudolph zu Recht als Siegeszug charakterisiert, traditionelle Denkweisen von der horizontalen Zuordnung von Aktiv-Passivbeständen in der Bilanz verdrängt. Parallel und durch das Kalkulationsprinzip der Marktzinsmethode begünstigt entstanden Barwertmodelle, die Kredit- und Einlagengeschäfte sowie Fristentransformation gezielt als bankwirtschaftliches Investitionsproblem zu analysieren halfen. Der gemeinsame Einsatz von Perioden und Barwertmodell der Marktzinsmethode trug dabei massiv dazu bei, dass die Integrationsqualität des bankbetrieblichen Rechnungswesens im Wertbereich vorangetrieben werden konnte und dabei ihren Nutzen für das Management und Controlling deutlich anhoben.

Eine Besonderheit der Markzinsmethode ist neben der konzeptionell möglichen Berücksichtigung beliebiger Engpässe auch darin zu erblicken, dass Gewinn- und Risikomargen methodisch sauber und transparent getrennt werden, also nicht – wie häufig noch heute in der Praxis – vermischt werden. Dabei werden zwei Kategorien von Risikomargen unterschieden: diejenigen zur Abdeckung von erwarteten Verlusten (als Standard-Risikokosten kalkuliert) und zur Abdeckung von unerwarteten Verlusten (als Eigenkapitalkosten kalkuliert).

Rudolph greift abschließend noch das Risikocontrolling auf. Dabei werden dessen Konzeption und Aufgaben sowie Verknüpfungen zum Rentabilitätscontrolling sowie der Gesamtbanksteuerung (als integrierter Rentabilitäts- und Risikosteuerung) kurz angesprochen. So finden Risikokapital, Risikotragfähigkeit, risikoadjustierte Ergebnismessung (RORAC) und dergleichen Erwähnung. Spätestens jetzt wird jedoch deutlich, dass die Ausführungen hier allenfalls als Exkurs zu verstehen sind und die einfache Subsummierung unter die Kalkulationsmethoden des Wertbereichs dem übergreifenden Charakter des Risikocontrollings nicht gerecht wird. Dieser Einwand zielt natürlich auf mehr als einen gliederungstechnischen Makel hin, hätte aber bedeutet, die Gesamtgliederung und Struktur des vorliegenden Werkes zur Sparkassenbetriebswirtschaft ein Stück weit in Frage zu stellen. Hier muss man dann wohl im Einzelnen abwägen, zumal die von Bernd Rudolph gewählte Struktur auch ihre unzweifelhaften Meriten aufweist.

Von diesen Gliederungs- bzw. Strukturfragen aber einmal abgesehen, bleibt das Fazit zu ziehen, dass Rudolph angesichts der Tatsache, dass historische Fragestellungen von Einzelbeiträgen abgesehen, sowohl in der Bankbetriebslehre, wie auch in der speziellen Sparkassenbetriebswirtschaft eher stiefmütterlich behandelt wurden, eine empfindliche Lücke mit seiner „Geschichte der Sparkassenbetriebswirtschaft“ schließt. Ist dies schon verdienstvoll, so gelingt ihm zudem, eine lebendige, kenntnis- und faktenreiche Darstellung

der großen Entwicklungslinien dieses Faches. Dem Werk ist nicht nur in der Sparkassenorganisation, sondern darüber hinaus im gesamten Kreditgewerbe bei all denen, die sich wissenschaftlich mit der Bankbetriebslehre und ihrer Fortentwicklung auseinandersetzen, ein weite Verbreitung und intensive Aufnahme zu wünschen.

Basel

Henner Schierenbeck

(Prof. Dr. Dres. h. c. Henner Schierenbeck, Universität Basel, Wirtschaftswissenschaftliches Zentrum, Abt. Bankmanagement und Controlling, Peter Merian-Weg 6, CH-4002 Basel, Schweiz)

Malte Zierenberg, Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939-1950 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 179). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2008, 349 S., € 39,90.

Die vorliegende umfangreiche, sehr informative Monografie über den Berliner Schwarzmarkt, basierend auf solider Quellenforschung, ist aus einer an der Universität zu Köln angenommenen Dissertation hervorgegangen. Sie gliedert sich in fünf Teile: (1.) „Vorgeschichten“; (2.) „Tauschnetzwerke der Kriegszeit. Der »Fall Martha Rebbien«“; (3.) „Zerstörung, Orientierungslosigkeit und neue Ordnungsmuster. Der Wandel der Schwarzmarktlandschaft im Übergang vom Krieg zum Nachkrieg“; (4.) „Schwarzhandel zwischen Kriegsende und Währungsreformen“; (5.) „Geschichten vom Neuanfang. Die Straßenökonomie zwischen Währungsreformen und »Wirtschaftswunder«“; abschließend wird der „Schwarzhandel als radikale Markterfahrung“ betrachtet.

So genannte „Schieber“ existierten wohl allerorten in Hitler-Deutschland seit den ausgehenden 1930er-Jahren, je mehr Schwarzhandel und Schwarzmärkte verbreitet waren, weil Versorgungslücken immer spürbarer wurden. Schieber, wie man damals illegale Geschäftsmacher nannte, waren in allen Gesellschafts-

schichten anzutreffen. Das Tauschnetzwerk der Berliner Schwarzhändlerin Martha Rebbin, im November 1939 in ihrer Wohnung verhaftet, dient der vorliegenden Monografie „*in weiten Teilen als roter Faden*“ (S. 11). Beschrieben wird die Entwicklung eines in ersten Ansätzen seit der Mitte der 1930er-Jahre sich entfaltenden illegalen Marktes, der seit Kriegsausbruch 1939 in sich wandelnden Erscheinungsformen zum Massenphänomen wurde. Bis zum Winter 1944/45 wurde er – entzogen den „Augen des Gesetzes“ – gewöhnlich in geschlossenen Räumen unter sich kennenden Geschäftemachern abgewickelt. Spätestens ab November 1944 trat er öffentlich auf Straßen und Plätzen im Stadtgebiet Berlins in Erscheinung und war letztlich das Resultat einer massenhaft drängenden Nachfrage nach Mangelwaren als Folge der immer spürbarer gewordenen Unterversorgung mit Nahrungs- und Gebrauchsgütern.

Die Bewohner Berlins und der Randgemeinden sowie Angehörige der alliierten Armeen tauschten verknappte Waren aller Art, da diese auf herkömmlichen Gütermärkten nicht mehr erhältlich waren. Zeitgenössische Schätzungen gingen davon aus, dass bei einigen Warengruppen bis zu 50 Prozent des gesamten Berliner Warenumschlags auf den Schwarzmärkten abgewickelt wurden. Im Frühjahr 1948 schätzte dagegen die Abteilung „Handel und Gewerbe“ der Berliner Stadtverwaltung den Anteil des Schwarzmarkthandels auf nur ein Drittel des Warenumschlags. Von einer Beteiligung der Banken und sonstigen Geldinstituten an Schwarzmarktgeschäften ist nicht die Rede. Schriftliche Kalkulationen über Schwarzmarktgewinne haben Seltenheitswert. Aus Niedersachsen ist 1946 überliefert: „Zwei Hühner bringen pro Monat 30 Eier, bei Engländern gegen 5-7 Zigaretten getauscht, ergibt 200 Stück = 5,- Mark pro Stück = 1.000 Mark.“ Auch auf den Berliner Schwarzmärkten war der Naturaltausch neben der Verrechnung und den illegalen Verkäufen von rationierten Waren üblich. Frauen verkauften an Sieger Liebesdienste für Zigaretten oder Nylonstrümpfe. Zigaretten wurden auf Schwarzmärkten zur tauschbaren Währung.

Letztlich existierten die Schwarzmärkte durch eine Fülle persönlicher Erfolgsgeschichten.

Das Ende der Schwarzmärkte markierte schließlich das Aufkommen der staatlichen Handelsorganisation (HO) in der sowjetischen Besatzungszone Ende 1948. Die HO hatte nicht nur das alleinige Recht zum freien Verkauf bewirtschafteter Waren in der SBZ/DDR, sondern nahm dafür auch erhöhte Preise, so dass sich der Staat selber zum Profiteur der Hochpreise der Mangelwirtschaft machte. 1955 belief sich der gesamte Einzelhandelsumsatz in der DDR auf 31,7 Mrd. Mark (Ost), von denen nur 31,9 Prozent auf den privaten Einzelhandel, 40,4 Prozent auf die HO und der Rest auf die Kreditgenossenschaften entfielen.

Ausgespart blieb in der vorliegenden Schieber-Monografie das Thema Beschaffungskriminalität von Schwarzmarktgütern.

Mahlow

Willi A. Boelcke

(Prof. Dr. Willi A. Boelcke, Trebbiner Straße 13, D-15831 Mahlow)

Ralf Ahrens, Die Dresdner Bank 1945-1957. Konsequenzen und Kontinuitäten nach dem Ende des NS-Regimes. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München 2007, 504 S., € 49,80.

Der Historiker Ralf Ahrens hat mit dieser Studie bankenhistorisches Neuland erschlossen. Während die meisten Studien, die im Zusammenhang mit den Entschädigungsklagen und den so genannten „Holocaust Era Assets-Debatten“ der späten 1990er-Jahre in Deutschland, Österreich (aber zum Beispiel auch in Frankreich) begonnen wurden, auf die NS-Zeit hin konzipiert waren, hat Ahrens eine umfassende zeitgeschichtliche Auseinandersetzung über die Nachkriegsentwicklung bis zur „Wiedervereinigung“ der drei „Westteile“ der Dresdner Bank 1957 vorgelegt.

Schon das Titelbild mit den führenden Nachkriegsmanagern aus dem Jahr 1950, die

alle schon in der NS-Zeit wichtige Funktionen im selben Institut ausgeübt hatten, signalisiert das forschungsleitende Interesse des Autors, Personalkontinuitäten auf Führungsebene zu analysieren. Mit Ausnahme des in einem Kriegsverbrecherprozess verurteilten ehemaligen Vorstandssprechers der Dresdner Bank, Karl Rasche, gab es keine langfristigen Karrierebrüche von politisch belasteten Bankfunktionären (abgesehen von einzelnen Filialleitern). Auch die ursprünglichen Nachkriegsplanungen von US-Experten zur Zerschlagung der zentralen Großbanken des „Dritten Reiches“ sollten durch die Hinhaltepolitik von Mitgliedern dieses „Alten Kreises“ so lange verzögert werden, bis sich die westalliierte Bankenpolitik im Zuge des Kalten Krieges und der Westintegration völlig ins Gegenteil drehte.

Neben den organisationsgeschichtlich interessanten Kapiteln zur Unternehmensrestrukturierung bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten bietet der Bereich „Wiedergutmachung“ ebenfalls neue Erkenntnisse. Höchst positiv hervorzuheben ist, dass Ahrens seine Themenstränge insgesamt gesehen immer entlang umfassender Primärquellenstudien entwickelt. Gerade als Folge der juristischen und politischen Entschädigungsauseinandersetzungen am Ende der 1990er-Jahre wurden wichtige Materialien aus diversen verregenen Depots zu Tage gefördert.

Ebenfalls ein bisher kaum umfassend für die Bankengeschichte analysiertes Feld betrifft das Schicksal der Bankangestellten selbst. Ausgehend von einem Gastbeitrag Dieter Zieglers zu den Betriebsrenten für vom NS-Regime als „Nichtarier“ stigmatisierte und entlassene jüdische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen setzt sich Ahrens umfassend mit Restitutionsverfahren im Unternehmensbereich auseinander.

Akribisch versucht der Autor die unterschiedlichen Ebenen und Interessen bei den Restitutions- und Entschädigungsverhandlungen zu rekonstruieren und sie auch in sein unternehmensphilosophisches Kapitel einzubauen. Dabei verfällt er aber keinesfalls in eine technokratische Analyse. Er kann nachweisen, dass die als Routine verharmloste „Arisierung“

nach 1945 nicht dekonstruiert werden konnte und von einer „*idealisierenden, identitätsbildenden Konstruktion eben dieser Vergangenheit geprägt war*“ (S. 419). Typisch daher das Rundschreiben der alten Berliner Zentrale, „*dass wir ja bei den Arisierungen nicht aktiv tätig gewesen sind, sondern uns darauf beschränkt haben, die beiden Interessenten lediglich zusammenzuführen.*“ (S. 418).

Aufschlussreich ist auch ein Kapitel über die Rolle der Auslandsbeteiligungen, wobei Harald Wixforth mit einem Kurzbeitrag die besetzten Gebiete Ost- und Mitteleuropas erforschte. Bemerkenswert ist der Fall der nach 1945 verstaatlichten Filiale in Wien, der Länderbank AG. Hier versuchte die Dresdner Bank noch bis 1959 die Länderbankaktien der Republik Österreichs, die die Filiale als „Deutsches Eigentum“ verstaatlicht hatte, zu entziehen. Erst 1957 waren die nicht unbestrittenen französischen Restitutionsansprüche abgelöst worden. Diese entstanden beim Verkauf der Wiener Filiale der Pariser Banque des Pays de l'Europe Central an die Dresdner Bank 1938. Doch in diesem Fall scheiterte die Strategie des Vorstands, der die Rahmenbedingungen des Erwerbs ausblendete und die wirtschaftliche Konkurrenzsituation der Länderbank 1945, die durch massive Ankäufe von Reichsanleihen verursacht worden war, ignorierte.

Abschließend sei noch auf die Reflexion des Autors über die Bedeutung von Tradition für die Rekonstruktion und das unternehmerische Handeln der Dresdner Bank nach dem Zweiten Weltkrieg hingewiesen. Damit verbunden war aber auch eine Ausblendung der Banken in der Reflexion über nationalsozialistische Wirtschafts-, Ausbeutungs- und Kriegspolitik. Interessant wäre gewesen, diese Frage im Rahmen eines Generationenmodells bis zur Gegenwart zu führen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Nachkriegsspionierstudie auch in anderen bankhistorischen Segmenten Nachahmung findet.

Wien

Oliver Rathkolb

(Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb, Ludwig Boltzmann-Institut für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit, Hegelgasse 6/5, A-1010 Wien, Österreich)

Douglas Wass, *Decline to Fall. The Making of British Macro-economic Policy and the IMF Crisis*. Oxford University Press, Oxford 2008, 374 S., £ 55,-.

The 1970s were the worst years in British monetary and financial history in at least 150 years. Inflation reached close to 30 per cent per annum, there was financial instability as seen in a banking crisis and the biggest ever collapse in asset prices, and in addition, and not surprisingly, there was stagnant output; years for which the term stagflation was coined. And the worst years of the decade were 1974-76, the subject of this study. The author, Sir Douglas Wass, was head of the British Treasury at the time (called the Permanent Secretary) and so he was intimately involved in all the major policy events. He was trained as a mathematician, worked as an economist, and has now become a historian.

It is a long book to be concentrated on just three years. But they were momentous years, sometimes described as the IMF crisis, or the sterling crisis. It is difficult at a distance, even for those who lived through the period, to recapture the awfulness of the time; trade union power recklessly used, strikes (confusingly described at the time as industrial action), power cuts, three-day working week, incompetent government, and a good deal more. It is hard to know where most of the blame should fall – economists' ideas, politicians, civil servants, or where?

Wass does an excellent job of showing how policy was made, or sometimes not made, or did not exist. Policy was framed in a Keynesian mould with action heavily constrained by the perverse objectives of full employment, strong economic growth, low and stable interest rates, a stable exchange rate, and price stability. Achievement was impossible and failure was exacerbated by excessive government spending. But even at the simple level of formulating exchange-rate policy there was a mix of ignorance, failed communication, and confusion. The pound was supposedly floating after the debacle of the ERM experience in June 1972. But exchange-rate management

continued to occupy a lot of policymakers' and practitioners' time, consume reserves, and eventually produced the biggest crisis of the time. It resulted in a humiliating trip to the IMF to plead for help and to accept whatever conditions were imposed.

In a long and largely chronological account Wass goes through the years 1974 and 1975 (a chapter each) and 1976 (two chapters) in a detailed treatment of all aspects of macro-economic policy and the negotiations with the IMF. And then in a long conclusion he raises a long list of questions on the performance of the policy measures and offers some answers.

This must surely provide the most detailed account of these years of crisis and eventual resolution and written by an insider. For that alone we should be extremely grateful. The historian will complain of one thing and the other general readers of another. The historian would have wanted more detailed sources and perhaps more context in the literature on the period although the economic history of these years is still in its infancy. The general reader would probably have liked to know more about who the participants were. Wass took a conscious decision not to tell us. The people are hidden behind the offices they occupied: the Chancellor, the Governor, the Prime minister, the Permanent Secretary, and so on. This drains a great deal of the blood out of what is in any case in danger of being an anaemic story. But more than that it would have helped in understanding to know who the people were and what their background was and what they thought. Nevertheless, it would be wrong to end on any kind of negative note. Every historian of the period will need to read this book. Policymakers would benefit greatly from reading it. And students of politics and government will be fascinated.

London

Forrest Capie

(Prof. Dr. Forrest Capie, City University London, Sir John Cass Business School, 106 Bunhill Row, London EC1Y8TZ, United Kingdom)

Christoph Maria Merki, Wirtschaftswunder Liechtenstein. Die rasche Modernisierung einer kleinen Volkswirtschaft im 20. Jahrhundert. Chronos Verlag, Zürich 2007, 342 S., € 29,90.

Angesichts der aktuellen Debatten um europäische Steueroasen wie Liechtenstein oder die Schweiz kommt Christoph Merkis Wirtschaftsgeschichte Liechtensteins gerade zum rechten Zeitpunkt. Der Berner Wirtschafts- und Sozialhistoriker geht darin der Frage nach, welche ökonomischen und gesellschaftlichen Faktoren das Wirtschaftswunder des fürstlichen Kleinstaats ermöglicht haben. Bis zum Zweiten Weltkrieg war Liechtenstein noch ein weitgehend ländliches, kaum industrialisiertes und entsprechend ärmliches Land. Ein halbes Jahrhundert später zählte das Fürstentum weltweit zu den reichsten Staaten und übertraf – gemessen am Prokopfeinkommen – sogar die benachbarte Schweiz. Der liechtensteinische Finanzplatz hatte an dieser Entwicklung einen wesentlichen Anteil und wird in Merkis Studie auch prominent behandelt.

Der Autor führt die Erfolgsgeschichte Liechtensteins auf zwei Gründe zurück. Erstens hätte das Fürstentum seine Topografie als Kleinstaat dazu genutzt, die Herstellung kostspieliger öffentlicher Güter an die Nachbarstaaten auszulagern, was dem Land erlaubte, seinen Staatshaushalt schlank und das Steuerniveau tief zu halten. Liechtenstein ist flächenmäßig etwa so groß wie Freiburg im Breisgau, allerdings mit fünf Mal kleinerer Bevölkerungszahl, und besitzt bis heute weder eine eigene Währung, noch ein eigenes Bahnnetz. Ebenso verzichtet das Land auf eine eigene Armee, Fluglinie oder Autobahn. Auch für die Hochschulausbildung oder die Müllverbrennung verlässt sich Liechtenstein teilweise auf die Infrastruktur der Nachbarstaaten. Als zweiten Grund führt Merki die radikale Kommerzialisierung der staatlichen Souveränität an. Liechtenstein hat nicht nur die Banken- und Steuergesetzgebung so gestaltet, dass es zum Anziehungspunkt für ausländische Kapitalien wurde. Auch die Staatsbürgerschaft oder das

Postmonopol wurden nach kommerziellen Gesichtspunkten verwaltet. Die Sujets und Auflagen der liechtensteinischen Postmarken etwa waren seit der Zwischenkriegszeit bewusst auf die philatelistische Käuferschaft zugeschnitten, um die Marken zu Raritätspreisen zu verkaufen. Während des Zweiten Weltkriegs, als der Zustrom ausländischer Kapitalien versiegt, machten die Briefmarkenerträge bis zur Hälfte der Staatseinnahmen aus.

Diese Geschichte des liechtensteinischen Wirtschaftswunders ist eingebettet in eine allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Fürstentums. Der Aufbau des Buches folgt in diesem Sinn der einschlägigen sektoralen Gliederung der Volkswirtschaft. Nach der Einleitung und einem Kapitel, das eine Synthese über die wirtschaftliche Entwicklung bietet, folgen je ein Kapitel zum Agrar-, zum Industrie- und zum Dienstleistungssektor sowie ein ergänzendes Kapitel zum öffentlichen Sektor. Dass die Kapitel ungleich gewichtet sind – das Agrarkapitel fällt mit knapp 20 Seiten gegenüber den anderen, mindestens 50 Seiten starken Teilen deutlich ab – hat vor allem damit zu tun, dass sich die Abschnitte zum Dienstleistungs- und zum öffentlichen Sektor ausführlich mit dem Bankenplatz bzw. der Steuerpolitik auseinandersetzen. Die Darstellung beruht zum großen Teil auf öffentlichen Wirtschafts- und Sozialstatistiken und ist über weite Strecken deskriptiv gehalten, was die Argumentation zwar gut nachvollziehbar, aber bisweilen etwas spröde macht. An einzelnen Punkten wünschte man sich eine weiterführende historische Einbettung des Dargestellten. So wird die außerordentlich geringe öffentliche Regulierung der Bautätigkeit – die gesetzliche Grundlage für eine Raumplanung wurde noch 2002 in einer Volksabstimmung abgelehnt – zwar festgehalten, aber nicht weiter begründet (S. 63). Auch der starke Protektionismus im liechtensteinischen Gewerbe wird zwar anschaulich geschildert, aber nicht auf seine historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen untersucht (S. 106 ff.).

Besonders wertvoll sind die ausführlichen Abschnitte zum „Gesellschaftswesen“ (der

liechtensteinische Begriff für die Steuerprivilegien von Holdinggesellschaften und Stiftungen), zum Bankenplatz und zur Steuer- und Bürgerrechtspolitik. Sie bilden gleichsam den argumentativen Kern der Darstellung. Entscheidend für die Geschichte des Finanzplatzes waren die ökonomischen Verwerfungen im Anschluss an den Ersten Weltkrieg. Liechtenstein besaß seit 1852 eine Zoll- und Währungsunion mit Österreich-Ungarn und verlor mit dem Untergang der Doppelmonarchie 1918 einen Großteil seines Staatsvermögens. In der Folge orientierte sich das Fürstentum um, verlagerte seine Währungspolitik auf den starken Schweizer Franken und schloss 1924 auch ein formales Zollabkommen mit der Schweiz. Auf der Suche nach neuen ausländischen Investoren entstand nun das liberale Gesellschaftsrecht, das Steuerprivilegien für ausländische Holdinggesellschaften, aber auch für in Stiftungen angelegte Familienvermögen sowie Pauschalsteuerregelungen für ausländische Einzelpersonen umfasste. In den 1920er- und 1930er-Jahren zog das Fürstentum auf diese Weise viele internationale Handelsunternehmen und wohlhabende Privatleute an, die vor den Währungsunsicherheiten und hohen Steuerlasten in ihren Heimatstaaten flüchteten. Diese Entwicklung setzte sich in der Nachkriegszeit fort und kam erst in den 1980er-Jahren unter staatlichen Regulierungsdruck, ohne dass sich das System grundlegend geändert hätte. Für die Zwischenkriegszeit beruht Merkis Darstellung weitgehend auf der Studie von Hanspeter Lussy und Rodrigo López.¹ Deren Arbeit entstand im Auftrag der „Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg“ und beschäftigte sich auch mit der Frühgeschichte des liechtensteinischen Gesellschaftswesens. Dass es schwierig ist, über diesen Forschungsstand hinauszukommen, liegt auch an der Quellsituation. Das Holding- und Stiftungswesen ist

notorisch klandestin und Daten zur volkswirtschaftlichen Dimension des Gesellschaftswesens fehlen fast vollständig.

Zwei kleinere Mängel in der ansonsten überzeugenden Arbeit sind noch anzumerken. Leider sind die Passagen über den Finanzplatz nur ungenügend in den politik- und sozialhistorischen Kontext eingebettet. Obwohl der Autor in der Einleitung sich in die Tradition der Neuen Institutionenökonomie stellt (S. 13), geht er kaum auf die parlamentarischen und öffentlichen Debatten um die Rechtsgrundlagen der Holding- und Steuerprivilegien ein. Man hätte gerne gewusst, ob die europaweit höchst umstrittenen liechtensteinischen Gesetze auch im Fürstentum kontrovers diskutiert wurden. Ein weiteres Desiderat betrifft die vergleichshistorische Ebene. Zwar fehlt es nicht an komparatistischen Seitenblicken zu anderen europäischen Staaten, vor allem zur Schweiz, aber auch zu Österreich oder Deutschland. Doch wird nicht geklärt, inwieweit die herangezogenen Fallbeispiele für einen europäischen Vergleich exemplarisch sind. So bleibt offen, wie viel man zum Verständnis des Liechtensteiner Finanzplatzes lernt, wenn der europäische Sonderfall des Fürstentums dem ebenfalls wenig repräsentativen Fall der Schweiz gegenübergestellt wird. Auch die Kategorie der kleinen Länder, wie sie etwa klassisch in Peter J. Katzensteins Arbeiten entwickelt wurde und einen reflektierten Vergleichshorizont geboten hätte, bleibt in Merkis Arbeit ungenutzt. So bleibt letztlich unbeantwortet, was in europäischer Perspektive den liechtensteinischen Finanzplatz ausmacht und ihn von vergleichbaren Fällen wie Luxemburg oder Monaco unterscheidet. Trotz dieser Einschränkungen bleibt das Buch von Merki insgesamt fundierter und gut lesbarer Überblick zur Wirtschaftsgeschichte Liechtensteins; das Buch wird auf absehbare Zeit das Referenzwerk zum Thema bleiben.

Basel

Martin Lengwiler

1 Hanspeter Lussy/ Rodrigo López, Liechtensteinische Finanzbeziehungen zur Zeit des Nationalsozialismus (Veröffentlichungen der Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg 3), 2 Bde. Zürich 2005.

(Prof. Dr. Martin Lengwiler, Universität Basel, Hirschgässlein 21, CH-4051 Basel, Schweiz)

Veit Damm, Selbstrepräsentation und Imagebildung. Jubiläumsinszenierungen deutscher Banken und Versicherungen im 19. und 20. Jahrhundert (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 18). Leipziger Universitäts-Verlag, Leipzig 2007, 252 S., € 40,-.

Die vorgelegte Monografie untersucht die Zusammenhänge von Wirtschafts- und Kulturgeschichte am Beispiel der ökonomischen und sozialen Bedeutung von Firmen- und Dienstjubiläen bei deutschen Banken und Versicherungsunternehmen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Zu Recht geht der Verfasser davon aus, dass nicht nur ökonomische Faktoren über den Erfolg von Unternehmen entscheiden, sondern auch kulturelle Inszenierungen wie zum Beispiel Jubiläen und Feiern zu einem bestimmten Wert führen, der als einer von mehreren Erfolgsfaktoren dem Unternehmen zu einem ökonomischen Erfolg verhilft. Der Verfasser hebt in seinem theoretischen Ansatz darauf ab, dass er die ökonomische Sichtweise durch eine kulturgeschichtliche Perspektive ausweiten möchte. Er verweist darauf, dass die Zugehörigkeit zu einer Kultur nicht nur die Definition und die Ausdrucksformen des eigenen Selbst, sondern auch die Art und Weise der individuellen Wirklichkeitskonstruktion und so auch unternehmerisches Handeln beeinflussen. Der Autor möchte dadurch eine Fusion von ökonomischer und kultureller Sichtweise erreichen. Er geht davon aus, dass kulturelle Unternehmenspraktiken zugleich eine ökonomische und subjektive Bedeutung haben. Er vergisst jedoch dabei, dass jeder ökonomischen Bedeutung zwangsläufig eine subjektive vorausgehen muss. Dieses Erkenntnis liegt aber letztendlich auch den bisherigen Theorien der Neuen Institutionenökonomie zugrunde.

Der Autor unterscheidet zwei mögliche Leistungen, die mit Jubiläumsfeiern verbunden sind: Die Entwicklung eines positiven Firmenimages und die Selbstrepräsentation der eigenen Lebenswelt. Dies möchte er an 18 Banken und Versicherungen untersuchen.

Als Quellen werden Firmenfestschriften sowie gedruckte und ungedruckte Materialien zu Festivitäten in den Unternehmensarchiven herangezogen. Die Untersuchung ist von den Quellen her jedoch stark auf die Rheinlande sowie Frankfurt am Main und Berlin ausgerichtet. Bedauerlicherweise fanden damit süddeutsche Quellen, die zum Beispiel für die Versicherungswirtschaft in Deutschland von großer Wichtigkeit sind, ebenso wie die von regionalen Aktienbanken, die für die Zeit zwischen 1870 und dem Beginn der 1920er-Jahre große Bedeutung besitzen, keinen Eingang in den Untersuchungskorpus.

Nach den einführenden Kapiteln untersucht der Verfasser die Entstehungsbedingungen von Jubiläumsaktivitäten im Kontext der Unternehmenskommunikation anhand von vier Fallstudien: der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, der Victoria Versicherung und der Colonia Versicherung. Dabei werden nicht nur Jubiläen der Mutterunternehmen und der Geschäftsleitung, sondern auch von Filialen und der Angestelltenschaft untersucht. Schließlich werden im fünften Kapitel die verschiedenen Jubiläumsaktivitäten aus einer unternehmensübergreifenden und systematischen Perspektive analysiert und die gemeinsamen Merkmale, die beobachtet wurden, benannt. Der Verfasser kommt zu dem Schluss, dass die Unternehmen stabilisierende und immer wiederkehrende Absicherungs- und Vertrauensbildungsstrategien einsetzten, um den ökonomischen Herausforderungen im Industrialisierungsprozess des 19. Jahrhunderts begegnen zu können. Die generelle Ausbildung der Jubiläumsaktivitäten erfolgte jedoch vor allem seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. Dem allgemein zu beobachtenden Trend der explosionsartigen Ausbreitung der Festkultur in allen gesellschaftlichen Gruppen machten sich auch Unternehmen zunutze und sie versuchten damit Effekte von Vertrauensbildung und Seriosität auf das Image des Dienstleistungsgewerbes auszulösen. Dabei ist festzuhalten, dass die Maßnahmen oftmals weit über den einzelnen Festakt hinausgingen, wie zum Beispiel die

Stiftung von Pensions- und Invalidenfonds oder der Bau neuer Geschäftsgebäude. Ein Ergebnis der Untersuchung ist auch, dass jedes Unternehmen neben zu beobachtenden Gemeinsamkeiten eine eigene Jubiläumskultur entwickelte. Gleichzeitig boten Feste die Möglichkeit, die Bindung des Unternehmens zu seinen Mitarbeitern und Kunden zu stärken und zu intensivieren. Die hier vom Autor gewonnenen Ergebnisse zum ökonomischen Erfolg der Unternehmen bestätigen das, was bereits andere Einzelfalluntersuchungen zum produzierenden Sektor ergeben haben. Auch die Erkenntnis, dass die Ergebnisse ökonomisch nicht messbar sind und Jubiläumsfeiern von Unternehmen zur Bestätigung und Stärkung der kulturellen Identität ihrer Beschäftigten beitragen, ist bekannt. Dass die Beispiele auf eine firmenübergreifende Angestellten- oder Arbeiterkultur hindeuten, ist auch keine neue Erkenntnis.¹ Interessant ist der Aspekt, dass die Feste auch auf die Zukunft eines Unternehmens zielten und damit Zuversicht und Beständigkeit suggerierten und Unsicherheiten abbauten.

Hohenheim

Gert Kollmer-von Oheimb-Loup

(Prof. Dr. rer. pol. habil. Gert Kollmer-von Oheimb-Loup, Direktor des Wirtschaftsarchivs Baden-Württemberg, Schloss Hohenheim, D-70593 Stuttgart)

1 Vgl. dazu Christel Köhle-Hezinger, Die Maschinenfabrik in Esslingen 1846-1965. Eine Fabrik verändert die Stadt (Schriftenreihe Esslingen – Geschichte, Persönlichkeiten, Wirtschaft 8). Esslingen 1991; Gert Kollmer-von Oheimb-Loup, Das Wir-Gefühl der WMF. Zur ökonomischen Rolle von Unternehmenskultur und -kommunikation in der württembergischen Metallwarenfabrik in der Zeit des Deutschen Kaiserreiches aus institutioneller Sicht, in: Karl-Peter Ellerbrock/ Clemens Wischermann (Hrsg.), Die Wirtschaftsgeschichte vor der Herausforderung durch die New Institutional Economics (Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte 24). Dortmund 2004, S. 226-241.

Susanne Hilger (Hrsg.), *Kapital und Moral. Ökonomie und Verantwortung in historisch-vergleichender Perspektive*. Böhlau Verlag, Köln/ Weimar/ Wien 2007, 236 S., € 29,90.

Der Band ist vor der Bankenkrise erschienen; die Herausgeber konnten somit nicht ahnen, dass das Thema „*Kapital und Moral*“ derart an Aktualität gewinnen würde. Die Beiträge sind zwar auf die aktuellen Probleme nicht unmittelbar zugeschnitten. Dennoch lohnt sich die Lektüre gerade vor dem Hintergrund der jetzigen Krise.

Der Band bereichert die (wahrlich umfangreiche) wirtschaftsethische Literatur vor allem mit einigen historischen Analysen. So untersucht Dieter Birnbacher den sozialphilosophischen Entwurf John Stuart Mills und stellt dessen Aktualität heraus. Für Mill dient die Marktwirtschaft einem Zweck; sie ist kein Selbstzweck. Dieser Zweck liegt vor allem darin, individuelle Freiheit zu erweitern und gesellschaftliche Innovationsfähigkeit zu stärken.

Michael Baurmann betont das zivilisatorische Potenzial des Marktes. Der Markt führt in seiner Analyse eben nicht dazu, dass die Sitten verderben und die Moral verfällt, wie manche Wirtschaftsethiker meinen. Im Gegenteil, frühere Raubritter können sich zu „Pfeffersäcken“ wandeln – eine ursprünglich abfällig gemeinte Bezeichnung für hanseatische Kaufleute, die über eine funktionierende Geschäftsmoral verfügen. Baurmann wendet diese historische Sichtweise auf die aktuellen Probleme des globalen Terrorismus an und plädiert für eine stärkere Integration von aus der Globalisierung bisher ausgeschlossenen Gruppen, die den Nährboden für Terroristen bereiten.

Hans-Georg Potts Beitrag bietet eine in der Wirtschaftsethik bisher weitgehend vernachlässigte literaturwissenschaftliche Perspektive. Pott untersucht Musils „*Mann ohne Eigenschaften*“ mit Blick auf das Thema „*Kapital und Moral*“. Er macht deutlich, dass Musil bereits zu einer Zeit, in der der Kapitalismus noch mit ideologischen Alternativen wie Sozi-

alismus und Faschismus konkurrieren musste, eine tiefeschürfende Analyse jenseits von Kapitalismuskritik vorlegte. Vor allem verfällt Musil nicht in den Widerspruch zwischen Kapital und Moral, sondern analysiert nüchtern die ökonomische Systemrationalität.

Die weiteren, systematisch orientierten Beiträge sind von unterschiedlicher Qualität. Winfried Hamels Lob des Deutschen Corporate Governance Kodex und Hartwig Hummels Würdigung des Global Compact sind differenziert und lesenswert. Beide Instrumente sind – von kleinen Mängeln abgesehen – wertvolle Fortschritte im Hinblick auf das Verhältnis von Kapital und Moral. Und diese Fortschritte liegen im wechselseitigen Interesse, auch in dem der Unternehmen.

Gerd Rainer Wagners Beitrag über die gesellschaftliche Verantwortung setzt jedoch auf eine Individualmoral und prangert maßlose ökonomische Zügellosigkeit an. Das ist populär, aber zu einfach. Musil war da differenzierter. Ulrich von Alemann wettert gegen Korruption – das „trillion dollar problem“. Allerdings übersieht er das beste Argument gegen Korruption: dass sie nämlich auch nicht im (längerfristigen) Interesse der zahlenden Unternehmen selbst liegt. Korruption schadet nicht nur der Gesellschaft oder der Moral, sondern auch den Unternehmen. Ein grundsätzliches Verbot, das für alle beteiligten Unternehmen gilt und auch tatsächlich durchgesetzt wird, dient sowohl der Moral als auch dem Kapital. – Fazit: In weiten Teilen ein lesenswerter Band.

Braunschweig/München Christoph Lütge

(PD Dr. Christoph Lütge, Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, Fakultät für Geistes- und Erziehungswissenschaften, Seminar für Philosophie, Binroder Weg 80, D-38106 Braunschweig)

Niall Ferguson, The Ascent of Money. A Financial History of the World. Allen Lane, London 2008, 441 S., £ 25,-.

Niall Ferguson ist einer der bekanntesten jüngeren Historiker Großbritanniens. Er lehrt in Harvard und Oxford Geschichte und Management. Seine Bücher und Fernsehdokumentationen haben ihn in der angelsächsischen Welt weithin bekannt gemacht. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Finanzgeschichte und auch sein unlängst erschienenen Buch „*The Ascent of Money*“ befasst sich wieder mit diesem Gebiet.

Jedes der insgesamt sechs Kapitel beleuchtet einen anderen wichtigen Aspekt der Finanzgeschichte: Bankwesen, Rentenmärkte, Spekulationsblasen, Umgang mit Risiko, Immobilienbesitz sowie die aktuelle Entwicklung des globalen Finanzsystems. In diesem letzten Kapitel geht Ferguson auf die Globalisierung, die internationale Verschuldung, die kurzfristige Ausrichtung der Finanzmärkte und die speziellen Probleme der USA ein. Gerade hier ist es angenehm, dass er auch von der ökonomischen Seite viel versteht und die aktuelle Diskussion kennt.

Dennoch ist Kritik angebracht. Die Themenauswahl scheint fast ein wenig beliebig – warum nicht Zahlungsverkehr, Geldwesen, das Agieren des Staates, die Entwicklung der Theorie oder des Typus der Handelnden? Fergusons essayistischer Stil ist amüsant zu lesen, hilft wissenschaftlich aber oft nicht weiter, weil er zu leichtfüßig daher kommt und Entwicklungen nur antippt statt sie zu entwickeln. Die Argumentation hüpfte gegebenenfalls von den Conquistadores nach Mesopotamien und von dort über das alte China zu Ben Bernanke – und das alles auf sechs Seiten (S. 23-28). Da die wenigen Überschriften zudem nur eine vage Ahnung vom Inhalt des Kapitels vermitteln, erschließt sich der des Buches nur bei vollständigem Lesen. Fast 40 Seiten Stichwörterverzeichnis erleichtern dagegen den Zugang zu Einzelaspekten.

An der Begeisterung, die Ferguson dafür aufbringt, wie die Finanzmärkte die an sie ge-

stellten Aufgaben seit jeher im Positiven wie im Negativen erfüllt haben und dabei allezeit ein Spiegelbild von Gesellschaft und Wirtschaft darstellten, ist deutlich abzulesen, dass sein Buch (direkt) vor Ausbruch der gegenwärtigen Finanzkrise erschienen ist. Vielleicht hatte er ja eine Ahnung; der Titel des Schlusswortes „*The Descent of Money*“ deutet fast darauf hin. Wer eine leicht verdauliche Lektüre zur Finanzgeschichte lesen möchte, ist wirklich gut bedient. Fazit: Amüsant geschrieben und unbedingt lesenswert, aber nicht wirklich zitierfähig.

München Hartmut Kiehling

(Dr. Hartmut Kiehling, Astallerstraße 6, D-80339 München)

Michael Knittel, Geldpolitik und Stabilität des Bankensystems. Das Liquiditätsproblem aus Sicht der Theoriegeschichte und der gegenwärtigen Finanzmarktentwicklung (Hohenheimer Volkswirtschaftliche Schriften 57). Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main/ Berlin/ Bern/ Bruxelles/ New York/ Oxford/ Wien 2007, 334 S., € 56,50.

Als Michael Knittel im Jahre 2003 seine Dissertation an der Universität Hohenheim begann, ahnte er sicherlich nicht, dass seine Arbeit über „*Geldpolitik und Stabilität des Bankensystems*“ genau zum richtigen Zeitpunkt, nämlich in der vermutlich schwersten Bankenkrise seit der Weltwirtschaftskrise, den Buchmarkt erreichen würde. Aber dieser Veröffentlichungszeitpunkt birgt auch eine große Gefahr in sich, wird doch durch die Krise die Forschung über Krisen vorangetrieben, sodass die von Knittel erzielten Ergebnisse schon bald überholt sein könnten. Dieses Schicksal wird die Dissertation aber nicht erleiden, da wirklich neue Erkenntnisse in ihr nicht enthalten sind. Die Monografie gibt vielmehr einen umfassenden Überblick

über theoretische Modelle, die das Problem der Liquiditätsversorgung von Banken in Krisenzeiten analysieren und stellt vor diesem Hintergrund die institutionelle Ausgestaltung von Bankensystemen dar. Das Buch eignet sich daher besonders als Nachschlagewerk für Studierende, Lehrende oder Forschende, die sich einen kompakten Überblick über den Stand der Forschung verschaffen wollen. Diejenigen, die auf der Höhe der Forschung arbeiten, werden diese Monografie hingegen nur mit sehr wenig Gewinn lesen.

Umrahmt von Einleitung und Resümee umfasst die Dissertation drei Kapitel. Zunächst wird auf rund 85 Seiten die Notwendigkeit eines Lender of last resort dargestellt. Dazu beschreibt Knittel zunächst gekonnt die Rolle von Banken in der Volkswirtschaft, definiert Bankenpaniken und Bankenkrisen, benennt empirische Bestimmungsgrößen für Bankenkrisen und schildert den typischen Ablauf von Bankenkrisen. Dieses Kapitel kann als Literaturüberblick zum Sachverhalt durchaus empfohlen werden. Laut Knittel verlangen während einer Bankenpanik die Gläubiger ihr Geld von den Banken zurück, das heißt es kommt zu einem Ansturm auf die Schalter (S. 15), wohingegen Bankenkrisen auf der Vermögensseite von Banken entstehen, wenn nämlich die Aktiva der Bank rapide an Wert verlieren (S. 17). Des Weiteren zeichnet sich eine Bankenkrise dadurch aus, dass ein großer Teil des Bankensystems von der Insolvenz bedroht ist (S. 16), während eine Bankenpanik nur die Illiquidität einzelner Banken bedeutet.

Im nun folgenden Kapitel behandelt Knittel auf rund 75 Seiten aus dogmenhistorischer Sicht die Entstehung eines Lender of last resort im Verlauf des 19. Jahrhunderts, indem er vor allem die Beiträge von Henry Thornton und Walter Bagehot im Hinblick auf die Entwicklung der Bank von England würdigt. Auch dieses Kapitel fasst die einschlägige Forschungsliteratur gut zusammen, liefert aber keine eigentlich neuen Erkenntnisse. Zudem ist zu bemängeln, dass Knittel auf die Entwicklung in Deutschland so gut wie gar nicht eingeht. Dies liegt aber sicherlich auch

daran, dass nur verhältnismäßig wenige Arbeiten zur Rolle der deutschen Notenbanken oder der Reichsbank vorliegen.

Kernstück der Monografie ist sicherlich das etwa 105-seitige Kapitel über moderne Ansätze zum Problem des Lender of last resort, über mögliche Alternativen und zur tatsächlichen Ausgestaltung in Deutschland. Knittel diskutiert zunächst den Konflikt zwischen dem Erhalt von systemnotwendigen Banken, die „too big to fail“ sind und dem Problem des moralischen Risikos, das entsteht, wenn die Zentralbank eine zu umfassende Garantie für den Erhalt einzelner Banken gewährt. Dies kann im Endeffekt dazu führen, dass ein fragiles Bankensystem mit geringer Kapitalbasis, wenigen Liquiditätsreserven und übermäßig illiquiden und verlustgefährdeten Vermögenswerten entsteht (S. 185). Daher sollen Zentralbanken insolvente Banken nicht am Leben erhalten und Liquiditätsengpässe nur teilweise beseitigen (S. 186). Gegen diese ökonomischen Einsichten wird jedoch verstoßen, wenn Wiederwahlinteressen im Vordergrund stehen (S. 187).

Zumindest die unbeschränkte Liquiditätsversorgung von Geschäftsbanken durch die Zentralbank ist damit kritisch zu betrachten. Allerdings können auch andere Maßnahmen – Einführung einer Depositensicherung, strengere Bankenaufsicht, Einschränkung der Geschäftsfelder von Banken, Privatisierung der Notenbank – nicht überzeugen. Diese Alternativen zur Liquiditätsversorgung werden von Knittel im Folgenden diskutiert. Praktische Relevanz haben dabei allerdings nur die Depositensicherung und die Rolle der Bankenaufsicht. Auch für diese Abschnitte gilt: das Buch hält keine neuen Erkenntnisse bereit, fasst den Forschungsstand aber gekonnt zusammen.

Abschließend gibt der Autor einen Überblick über die Ausgestaltung des Sicherungssystems der Banken in Deutschland seit der Weimarer Zeit und er versucht herauszuarbeiten, ob die Einführung des Euro und der Übergang der geldpolitischen Hoheit an die Europäische Zentralbank auch eine europäische Bankenaufsicht nach sich ziehen sollte

(S. 257 ff.). Zu einem klaren Ergebnis dafür oder dagegen kommt Knittel zwar nicht, aber er befürchtet, dass erst eine europaweite Bankenkrise das politische Bewusstsein für eine Verlagerung der Bankenaufsicht auf die europäische Ebene hervorrufen könnte (S. 269).

Kurzum: die Monografie gibt einen guten Überblick über den Stand der Forschung, wobei jedoch durchweg verbal argumentiert wird. Wer sich aus wirtschaftspolitischem Interesse einen Überblick über den Stand der Forschung verschaffen möchte, dem kann dieses Buch weiterhelfen. Wer jedoch einen Einstieg in die mathematische Modellwelt oder neue Erkenntnisse sucht, dem kann die von Michael Knittel vorgelegte Dissertation nicht ans Herz gelegt werden.

Bonn

Carsten Burhop

(PD Dr. phil. Carsten Burhop, Dipl. Volkswirt, Max Planck Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, Kurt-Schumacher-Straße 10, D-53113 Bonn)

Philip T. Hoffman/ Gilles Postel-Vinay/ Jean-Laurent Rosenthal, Surviving Large Losses. Financial Crises, the Middle Class, and the Development of Capital Markets. Belknap Press of Harvard University Press, Cambridge, Mass./ London 2007, 263 S., \$ 27,95.

At first glance this book seems timely, given the current spate of banking and financial crises in the world and the large losses that have resulted. It is also written in a style intended to appeal to the general reader being very narrative and avoiding any attempt at quantification or modelling. However, a publication date of 2007 suggests that the authors were either possessed of remarkable foresight or were responding to earlier problems. Unfortunately for them it is the latter not the former so depriving them of the topicality that could have turned this into an academic best seller. The book is a product not of the current turmoil among so many of the world's banking systems but the

Enron scandal in the USA, which took place in 2001. That event brought down both a large US corporation and one of the world's major accountancy practices, Arthur Andersen. It also ushered in the Sarbanes-Oxley legislation that created a much more restrictive environment in the USA, contributing to the increasing importance as a rival financial centre to New York. However, the Enron scandal now appears to be of rather limited significance in comparison to more recent events which have struck at the very core of capitalism itself in the shape of stock market crashes, bank collapses and government rescue packages that dwarf anything experienced since the Second World War. It is not the battle between London and New York that matters but the survival of each as world financial centres at a time when both international banking and global markets are largely discredited. This is not a world predicted in the book as it sees bank collapses as either a product of a bye-gone era or confined to marginal players in the world economy, such as Argentina, and certainly not events likely to happen in the USA or the UK. Nevertheless, given the pedigree of those writing this book it may contain useful examples drawn from the past that can be of value in determining the policies to be followed by governments around the world. At the very least it may discourage politicians from leaping onto the populist bandwagon and so replicate the experience of the 1930s.

The book opens with an introduction that states that financial crises are inevitable. That advice has come too late for the world's political leaders and a number of the central bankers they have appointed! They also identify three factors that are critical for the development of financial institutions, namely the level of government debt, the size of the middle class and the amount of information that is generally available. They contend it is the interaction between these three factors that determines the sophistication of financial systems and their ability to survive crises. These themes are then taken up in subsequent chapters where information is drawn from the past three cen-

turies to justify the conclusions drawn. The problem here is that this information is largely confined to Western Europe and the USA and is presented as uncontested facts rather than judgements arrived at by financial historians that are subject to contrary views. By failing to recognise that the evidence that they use is open to various interpretations they undermine the assumptions upon which their conclusions are based. The first chapter addresses the role of government, highlighting the importance of responsible borrowing and the servicing of debt on the British model introduced after the Glorious Revolution of 1688. In the next the question of asymmetric information is addressed with crises being seen critical turning points through highlighting risks and promoting regulation. This is followed by a discussion on the role played by the middle class as their size and the proportion of the nation's wealth that they control is seen as the key to explaining the growth of financial markets and institutions. Essentially, their use of the middle class is a proxy for demand for financial services. There is little contentious in these three chapters as they cover ground familiar to most financial historians and draw reasonable conclusions from the evidence they present.

Having created this basis they then go on to discuss, in the following chapters, the response to crises as these bring about both institutional change and government involvement. This chapter contains a large number of generalisations and assertions to which it is easy to take exception and so question the conclusions reached. There is also a timelessness to the analysis, as the discussion can switch from the 16th century Antwerp to the USA in the 1990s in the space of a paragraph. This has the effect of minimising the importance of such fundamental changes as the rise of the institutional investor since the end of the Second World War is almost totally ignored. This had the effect of transforming the interface between the Middle Class and the financial system. Also, democratically elected governments intervened in those areas targeted by popular outcries. In all these chapters recent revelations in cor-

porate America drive the agenda rather than the long-term picture, making it difficult to know what weight to put on the conclusions reached. There is a great deal of 'History suggests...' in these chapters, leading to policy suggestions. If the crises of 2007/08 had not occurred these might have had some value but they have all been overtaken by recent events, forcing the governments to grapple with far more serious problems. The result is that the book appears to be suggesting cosmetic surgery for a patient on the verge of death. What the book is testimony to is the fact that history never ends for the interpretation of the past is driven by the priorities of the present. This is no condemnation of the authors but a warning to others attempting to use history to inform contemporary policy makers.

Durham

Ranald C. Michie

(Professor Ranald C. Michie, Head, Department of History, University of Durham, 43 North Bailey, Durham DH1 3EX, United Kingdom)

Franklin Allen/ Douglas Gale (Eds.), *Financial Crises* (The International Library of Critical Writings in Economics 218). Edward Elgar Publishing, Cheltenham 2008, 579 S., £ 155,-.

Die Finanzindustrie ist 2008/09 durch die schwerste Krise der Nachkriegszeit gegangen und hat eine weltweite Rezession ausgelöst – ein Szenario, das (zum Teil oberflächlich) mit der Weltwirtschaftskrise 1929 verglichen wird. Die in akademischen Kreisen in den vergangenen Jahren relativ zögerlich betriebene Erforschung von Finanzmarktkrisen hat dadurch neuen Schub bekommen. Verstärkt wird nach einer historischen Einordnung der derzeitigen Krise gesucht, nach ihrer Vorhersehbarkeit und möglichen weiteren Entwicklung, aber auch Rezepten zur Krisenbekämpfung gefragt. Insofern kommt das im Frühjahr 2008 von Franklin Allen (University of Pennsylvania) und Douglas Gale (New York Uni-

versity), zwei international in diesem Bereich besonders renommierten Wissenschaftlern, vorgelegte Buch „Financial Crises“ genau zur rechten Zeit.

Das Handbuch reproduziert 22 Beiträge aus führenden internationalen Zeitschriften, die zu fünf Themenblöcken zusammengefasst und von den Herausgebern mit einer ausführlichen Einleitung zum Status quo der Krisenforschung versehen werden.

Für historisch interessierte Leser dürfte der erste Themenblock „*Crises in Historical Perspective*“ von besonderem Interesse sein. Der Beitrag von Michael Bordo, Barry Eichengreen, Daniela Klingebiel und Maria Soledad Martinez-Peria („*Is the Crisis Problem Growing More Severe?*“, 2001), in dem Finanzmarktkrisen der letzten 120 Jahre aufgearbeitet werden, macht gerade für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die zunehmende Frequenz von Krisen der Finanzindustrie sowie das ansteigende Schadensvolumen mit Blick auf die Realwirtschaft deutlich.¹ Wie die Beiträge von Gary Gorton („*Banking Panics and Business Cycles*“, 1988) sowie von Charles W. Calomiris und Joseph R. Mason („*Fundamentals, Panics, and Bank Distress During the Depression*“, 2003) zeigen, lassen sich dabei Kausalitäten sowohl in der einen als auch in der anderen Richtung nachweisen: In einigen Fällen haben realwirtschaftliche Störungen Bankenrisen ausgelöst („*fundamental crises*“) in anderen Fällen waren Finanzmarktkrisen Impulsgeber volkswirtschaftlicher Störungen („*panics*“).

Die empirischen Untersuchungen des zweiten Themenblocks „*Empirical Studies of Crises*“ vertiefen das Problem der Messung von Krisenkosten. Wie die hier zusammengestellten Beiträge von John H. Boyd, Sungkyu Kwak, Bruce Smith („*The Real Output Losses Associated with Modern Banking Crises*“ (2005)) sowie von Graciela L. Kaminsky und Carmen M. Reinhart („*The Twin Crises: The Causes of Banking and Balance-of-Payments*

¹ Vgl. dazu aus neuerer Zeit Luc Laeven/ Fabian Valencia, *Systemic Banking Crises: A New Database* (IMF Working Paper 08/224). Washington 2008.

Problems“ (1999) und dies. zusammen mit Carlos A. Végh („*The Unholy Trinity of Financial Contagion*“ (2003)) zeigen, müssen dabei nicht nur die direkten staatlichen Transfers zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Bankensystems sondern auch volkswirtschaftliche Wachstumseinbußen berücksichtigt werden – letztere jedoch mit großen Problemen einer adäquaten Quantifizierung.

Die modellgestützte Analyse von Bankenkrisen im dritten Themenblock „*Banking Crises*“ stellt vor allem die bekannten Arbeiten von Douglas W. Diamond und Philip H. Dybvig („*Bank Runs, Deposit Insurance, and Liquidity*“, 1983), von Douglas W. Diamond und Raghuram G. Rajan („*Money in a Theory of Banking*“, 2006) sowie von den Herausgebern Franklin Allen und Douglas Gale („*Optimal Financial Crises*“, 1998 und „*Financial Intermediaries and Markets*“, 2004) zusammen, in deren Mittelpunkt einerseits unterschiedlich motivierte Einlagenabzüge (und dementsprechende Schadensbegrenzungen durch Einlagensicherungssysteme), andererseits Restriktionen der Liquiditätsbeschaffung durch Spezifika der Bankinvestitionen stehen. Dabei wird zum einen deutlich, dass die Beziehungen zwischen dem „Produktionsfaktor“ Liquidität und Assetpreis-Blasen noch vergleichsweise unerforscht sind. Zum anderen ist als Defizit erkennbar, dass die meisten Modelle die Rolle der Zentralnotenbanken weitgehend ignorieren – trotz des klassischen Zitats von Kindleberger: „*Speculative manias gather speed through expansion of money and credit or perhaps, in some cases, get started because of an initial expansion of money and credit.*“²

Dieses Manko rückt bei Arbeiten in den Hintergrund, die im vierten Themenblock „*Currency Crises*“ der Erklärung von Währungskrisen gewidmet sind. Aber auch hier konzentriert sich die Analyse selbst in prominenten Beiträgen (zum Beispiel Paul Krugman, „*A Model of Balance-of-Payments Crises*“,

1979) auf die Rolle nationaler Budget- und Leistungsbilanzdefizite. Dass der Brückenschlag zwischen (verfehlter) Zentralbankpolitik und Währungs- sowie nachfolgenden Bankenkrisen möglich und sinnvoll ist, zeigt demgegenüber der aus dem Jahr 2001 stammende Beitrag „*A Model of Financial Crises in Emerging Markets*“ von Roberto Chang und Andres Velasco.

Die Beiträge von Allen und Gale („*Financial Contagion*“, 2000) sowie von Laura E. Kodres und Matthew Pritsker („*A Rational Expectations Model of Financial Contagion*“, 2002) analysieren den „*Financial Contagion*“ im fünften und letzten Themenblock. Dabei werden zum einen die Kanäle der Fortpflanzung von Krisenimpulsen thematisiert (Interbankenmarkt, Zahlungsverkehrssysteme, Markt für Unternehmensinformationen). Zum anderen wird deutlich, wie unterschiedliche Prägungen eines Bankensystems (zum Beispiel mit Blick auf die geografische und/oder Größenstruktur sowie die Einbindung in internationale Finanzbeziehungen) Einfluss auf Ausbreitung und Ausmaß von Domino-Effekten haben können.

In der Gesamtschau der Beiträge ist einerseits erkennbar, dass für die Entstehung und den Verlauf von Bankenkrisen bereits eine Reihe von sehr tragfähigen theoretischen Modellen und empirischen Analysen vorliegt, die – ernst genommen – auch Hinweise auf die Subprime-Krise hätten geben können. Entgegen der Ansicht von Allen/ Gale in der Einleitung ihres Buches kam diese Krise durchaus nicht „*without warning*“ (S. IX). Andererseits leiten sich aus dem vorgelegten Status quo aber auch Anforderungen an die weitere Krisenforschung ab.

Von besonderer Bedeutung ist dabei im Zusammenhang mit (1.) den Krisenursachen zum einen die Frage, inwiefern sich Preisblasen gerade von Seiten der Noten-, aber auch einer Einzelbank erkennen lassen (angedeutet im Beitrag von Allen und Gale, S. 379-398). Zum anderen ist die Frage nach den Auswirkungen von bestimmten Finanzinnovationen (wie zum Beispiel der Verbriefung) auf die

2 Charles P. Kindleberger, *Manias, Panics, and Crashes: A History of Financial Crises*. New York 1978, S. 54.

Kreditvergabepolitik der Banken von Bedeutung. Zu prüfen ist dabei die These, dass die in vielen Häusern zur Jahrtausendwende praktizierte *Originate-to-distribute*-Politik tatsächlich bei den einzelnen Mitarbeitern und Entscheidern im Kreditgeschäft eine Veränderung ihrer Bonitätsprüfung bewirkt hat. Eine solche Mikroanalyse ist bei den hier versammelten Beiträgen bislang weitgehend ausgeblendet.

Mit Blick auf (2.) den Krisenverlauf muss dem Einfluss von Rechnungslegungs-Regimen nachgegangen werden. Vielfach wird die IFRS-gemäße Marktwertbilanzierung für eine Abwärtsspirale insofern verantwortlich gemacht, als Abwertungen von Vermögenspositionen das Eigenkapital der Bank verminderten und dadurch gerade den Druck auf Vermögensverkäufe mit der Folge weiterer Vermögensverluste verschärften – und über Kreditrationierungen den ohnehin gegebenen Abwärtstrend einer Volkswirtschaft verstärkten. Andererseits zeigen gerade die empirischen Beiträge im vorliegenden Band, dass es allenfalls für Kleinsparer heute noch zutreffen mag, dass sie volatile (Quartals-)Ergebnisse einer Bank nicht verkraften und sofort einen Bank Run beginnen würden. Vielmehr hat die aktuelle Krise gezeigt, dass sich die Unsicherheiten der professionellen Kapitalmarktteilnehmer dann verschärften, wenn über die Gewinne oder besser Verluste einer Bank gemutmaß wurde. Eine frühzeitige, offene Informationspolitik hat dagegen – auch bei drastischen Abschreibungen – eher stabilisierenden Charakter als Gerüchte und Spekulationen über stille Lasten. Bank Runs als Herdenphänomene können demnach nur dann verhindert werden, wenn Investoren Bonitätsdifferenzen zwischen den Banken registrieren und sanktionieren können; werden diese eingebremst, droht viel eher die Gefahr, ein Haus für so gut oder eben schlecht wie das andere zu halten (Headline-Risiko) und damit kollektiv das Vertrauen gegenüber allen Kreditinstituten zu verlieren.

Grundsätzlich ist auch die angesprochene Prozyklik bis zu einem gewissen Grade gewünscht, denn gerade die in diesem Buch

aufgearbeiteten Banken Krisen der 1980/90er-Jahre in den USA und Japan haben gezeigt, welche volkswirtschaftlichen Schäden über lange Zeiträume hinweg drohen, wenn die (Eigenkapital-)Bremse für das Kreditgeschäft nicht rechtzeitig und fest genug angezogen wird. Materiell vorhandene, bilanziell aber kaschierte Probleme werden aufgestaut, um letztlich weitaus größere Schäden als bei einer frühzeitigen Bekämpfung auszulösen (Sektorkorkeneffekt). Will man den prozyklischen Einfluss der Rechnungslegung nicht zu groß werden lassen, könnte man sie von der regulatorischen Eigenkapitalrechnung der Banken entkoppeln und dort modellhaft Ausfallwahrscheinlichkeiten heranziehen.

(3.) Dies leitet über zur Diskussion von Maßnahmen der Krisenbekämpfung, die in diesem Handbuch ein zusätzliches Kapitel verdient hätte, zumal bereits einige Beiträge zu diesem Themenfeld vorliegen. Hier sind sowohl (a.) Kriterien für staatliche Bail-outs zu entwickeln als auch (b.) Re-Regulierungen in ihrer Wirkung zu untersuchen. Mit Blick (a.) auf staatliche Rettungsaktionen wird in der aktuellen Krise dem „Fall“ der Investment Bank Lehman Brothers die Rolle eines „Brandbeschleunigers“ zugewiesen, der zu einer deutlichen Verstärkung des Abwärtstrends an den Finanzmärkten geführt habe. Andererseits liegen die Fehlanreize einer unkritischen „*Too-big-to-fail*“- oder „*Too-connected-to-fail*“-Politik auf der Hand und sind für die letzte US-Bankenkrise auch beschrieben. – Gerade in Bezug auf (b.) die jetzt im politischen Raum vielfach erhobenen Forderungen nach Verschärfungen der regulatorischen Vorschriften für Kreditinstitute ist ein Blick auf zurückliegende Banken Krisen hilfreich. Denn in der Folge dieser Krisen sind neue Regulierungen (zum Beispiel im Eigenkapitalbereich) vielfach via Regulierungsarbitrage (etwa Bilanzauslagerungen) umgangen worden, was die Effektivität der „klassischen“ Regulierungsinstrumente in Frage stellt und die Notwendigkeit einer Verstärkung der Qualitativen Bankenaufsicht einerseits, der Forcierung der Marktdisziplinierung andererseits unterstreicht. Für beide

Kontrolldesigns sind indes an Marktwerten orientierte Informationen unerlässlich, sodass sich der Kreis zu (2.) schließt.

Daher ist nicht nur zu hoffen, dass in der nächsten Auflage dieses als Kompendium sehr zu empfehlenden Handbuchs die aktuelle zu einer vergangenen Krise geworden ist, sondern dass sich dann zu den angeschnittenen Problemkreisen auch erste Forschungsbeiträge finden werden.

Bochum

Stephan Paul

(Prof. Dr. Stephan Paul, Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Angewandte Betriebswirtschaftslehre I (Finanzierung und Kreditwirtschaft), Universitätsstraße 150, D-44780 Bochum)

Christopher Brown, Inequality, Consumer Credit and the Saving Puzzle (New Directions in Modern Economics). Cheltenham, UK/ Northampton, MA, USA 2008, 183 S., £ 49,95.

Wer eine anregende Lektüre nicht verschmäht, dem sei das Buch von Christopher Brown „*Inequality, Consumer Credit and the Saving Puzzle*“ empfohlen. Der Titel klingt etwas trocken. Tatsächlich geht es in dem Buch aber richtiggehend spannend zu, indem den Ursachen der ungewöhnlich niedrigen Sparquote der US-amerikanischen Haushalte nachgespürt wird. Die Sparquote lag seit dem Zweiten Weltkrieg im Mittel bei acht Prozent. Seit Anfang der Achtzigerjahre sank sie peu à peu auf Werte im negativen Bereich. Ab 2005 wurden minus zwei Prozent erreicht. Derart niedrige Sparquoten werfen eine Fülle von Fragen auf. Es ist daher ein Bedarf entstanden, Erklärungen für das Phänomen zu finden.

Wo aber sollte man anfangen? Zunächst ist festzustellen, dass das Absinken der Sparquote nicht schlagartig erfolgte, sondern ein zeitlich anhaltendes Phänomen von mehr als zwei Jahrzehnten darstellte. Die amerikanischen Konsumenten konnten sich an das Leben mit immer niedrigeren Sparquoten gewöhnen,

dessen Vor- und Nachteile „erleben“, um dann mehr oder weniger bewusst die Entscheidung zu treffen, fortzufahren oder abzubrechen. Der Autor versucht nun, diejenigen Entwicklungen zu finden, die diesen Prozess rund 25 Jahre lang antrieben. Insofern ist das Buch auch ein „historisches“ Buch. Es führt ein in Entwicklungen der US-amerikanischen Gesellschaft des letzten Vierteljahrhunderts. Auf welche interessanten Aspekte ist der Autor gestoßen?

Aussagefähigkeit der Größe „Sparquote“: Zunächst zur Statistik (S. 87). Was besagt überhaupt die Größe Sparquote? Neben den üblichen Sparleistungen, die man in dieser Größe erwartet, sind auch Beiträge zu Pensionsparplänen enthalten. Aber Kapitalgewinne (unrealised capital gains) aus den Vermögensanlagen solcher Sparpläne sind nicht enthalten. Dies war „früher“ kein verfälschendes Element, denn bedingt durch die Konstruktion solcher Sparpläne mit einem „*defined benefit*“ war der Wert des Vermögens für den Sparer fixiert. Der Sparer rechnete mit einem festen Rentenbetrag.

In den letzten Jahren wurden Verträge zunehmend auf das „*defined contribution-System*“ umgestellt. Nun können die Sparer nicht mehr mit einer festen Rente rechnen. Sie beobachten seitdem laufend Indikatoren der Finanzmarktentwicklung, um festzustellen, in welche Richtung sich der Wert des Vermögens und damit die Höhe der zu erwartenden Rentenzahlungen entwickeln. Es wird vom „*401(k) wealth effect*“ gesprochen. Die These lautet, dass bei vorteilhafter Marktentwicklung die Sparer mit zunehmenden Rentenzahlungen rechnen und in ihren ergänzenden Sparanstrengungen nachlassen. Das Volumen noch nicht realisierter Kapitalgewinne stieg für den Mediansparer zwischen 1992 und 2004 um rund 69.000 \$ an. Dies entspricht einer jährlichen Sparleistung von 5.783 \$. Die Sparquote der US-Haushalte hätte damit statt zwei Prozent jährlich (2004) elf Prozent betragen – würde man den „*401(k) wealth effect*“ einrechnen. Damit wäre das Absacken der Sparquote erklärt. Es gibt eine Fülle ähnlicher Effekte, die genannt werden. Aber diese interessieren Brown gar nicht.

Das Phänomen der Einkommensungleichheit: Brown wendet sich der gestiegenen Einkommensungleichheit zu. Empirisch zeigt sich, dass die zunehmende Einkommensungleichheit in den USA mit der sinkenden Sparquote korreliert. Brown prüft die Grangerkausalität und stellt fest, dass die Sparquote die abhängige und die Einkommensungleichheit die unabhängige Größe ist. Er schätzt ein kleines Modell und ermittelt, dass ein Ein-Prozent-Anstieg des Ginikoeffizienten der Einkommensverteilung die Sparquote um 3,5 Prozent (nicht Punkte) mindert. Zwischen 1992 und 2005 erhöhte sich der Ginikoeffizient der Haushaltseinkommen um elf Prozent, was insoweit 38 Prozent der um 114 Prozent gesunkenen Sparquote erklärt (S. 100).

Aber über welchen Mechanismus sollten Änderungen der Einkommensverteilung auf die Sparquote wirken? Hier nun ist zu beachten, dass die Sparquote eine Nettogröße aus Ansparleistungen und Kreditaufnahmen ist. Die zuletzt negative Sparquote der US-Haushalte lenkt den Blick fast automatisch auf die Kreditaufnahmen. Brown verwendet die Kennziffer Debt-to-Income-Ratio, die im US-amerikanischen Survey of Consumer Finances veröffentlicht wird, um die Entwicklung der Verschuldung der US-Haushalte abzubilden. „Debt“ in dieser Kennziffer beinhaltet Kreditkartenschulden, Konsumkredite, Überziehungen, Studenten- und Immobilienkredite.

Über alle Haushalte hinweg ist die Debt-to-Income-Ratio von 1983 bis 2004 von 18 Prozent auf 30 Prozent gestiegen. Dies gilt nicht für die einkommensstärksten fünf Prozent der Haushalte, bei denen die Quote von 13 Prozent auf neun Prozent sank. Im oberen ersten Quintil ist sie bei rund 13 Prozent konstant geblieben. Im zweiten, dritten und vierten Quintil ist sie dagegen von rund 15 Prozent auf 27 Prozent, 28 Prozent bzw. 35 Prozent (viertes Quintil) angestiegen. Im fünften, dem untersten Quintil, hat sie sich von einem schon hohen Wert von 38 Prozent noch weiter auf 43 Prozent erhöht. Das bedeutet: Nicht alle Haushalte haben die Verschuldung gesteigert, es waren vor allem die einkommensschwächeren Haushalte.

Dies wird noch deutlicher, wenn man nur die Haushalte mit den höchsten Schulden in jeder Gruppe betrachtet (S. 139). Der Autor untersucht den Anteil der Haushalte, die eine Debt-to-Income-Ratio von mehr als 40 Prozent haben. Dies waren 1983 etwa zehn Prozent aller Haushalte – und zwar homogen in allen Einkommensquintilen. Immobilienkredite könnten dafür verantwortlich sein. Bis heute hat sich die Situation dramatisch auseinander entwickelt: Bei den Top Fünf-Prozent-Haushalten und im obersten Quintil ist der Anteil auf vier Prozent bzw. 6,5 Prozent gesunken. Im zweiten, dritten, vierten und fünften Quintil ist er auf 17 Prozent, 20 Prozent, 30 Prozent bzw. 40 Prozent angestiegen. Gerade die Ärmeren haben die Verschuldung enorm ausgeweitet.

Irgendetwas muss in den USA zwischen 1983 und 2004 passiert sein, das die Verschuldung der unteren Einkommensschichten so massiv nach oben getrieben hat. Was könnte das sein? Der Autor macht zwei Effekte verantwortlich, die zunächst nicht zwingend etwas miteinander zu tun zu haben scheinen, die aber vielleicht doch durch den „*ruthless shareholder capitalism*“ der Neunzigerjahre auf eine gemeinsame Wurzel rückführbar sind. Die Effekte sind durch steigende Einkommensungleichheit ausgelöste Veränderungen im gewünschten Konsumniveau sowie Innovationen in den Finanzierungstechniken, welche das Konsumstreben durch Bereitstellung zusätzlicher Kreditmittel alimentierten.

Das Konsumstreben („Consumerism“): Welches Konsumniveau streben Haushalte an? Einer Meinung zufolge kann Konsum als eine Restgröße angesehen werden, die sich durch das Einkommen abzüglich der gewünschten Sparleistung ergibt. Konsum lässt sich aber auch begreifen als die Käufe von Gütern, deren Gebrauch notwendig ist, um an gesellschaftlich üblichen Vollzügen und Ritualen insbesondere der jeweiligen Bezugsgruppen teilnehmen zu können (S. 21). Güter werden in reifen Marktwirtschaften nicht gekauft, weil man sie braucht, sondern weil man durch sie „dazugehören“ will und die Dazugehörigkeit „beweisen“ kann („*Consumerism*“). Im

Lichte dieser Überlegungen ist das Sparen die Restgröße. Oder anders formuliert: Wenn man eine Erklärung für die gesunkene Sparquote sucht, darf man nicht bei den Sparmotiven im eigentlichen Sinne ansetzen – die haben sich nämlich vermutlich nicht grundsätzlich verändert –, sondern muss die Determinanten des gewünschten Konsumniveaus suchen.

Die zunehmende Auseinanderentwicklung der Einkommen in den USA kann nun zu einem ganz bewussten Absenken der Sparquote auch gegen jegliche Vernunftüberlegungen führen, dann nämlich wenn sich die Bezugsgruppen bei den relativen Einkommensgewinnen befinden und wenn das Motiv „dazuzugehören“ sehr stark ist. Die einkommensmäßig relativ zurückbleibenden Haushalte müssen ihre Sparquote senken, um weiterhin an den Vollzügen der traditionellen Bezugsgruppen teilnehmen zu können. Wenn nötig, muss zum Kredit gegriffen werden.

Aber kann ein Leben „ohne Erspartes“, ohne Sicherheitsreserven funktionieren? Und wieso verschulden sich gerade die ärmeren Haushalte? Gibt es nicht Restriktionen in der Kreditvergabe? In den letzten Jahren gab es nun eine große Zahl von Innovationen an den Finanzmärkten, die alle eines zur Konsequenz hatten: Eine Erhöhung der Verfügbarkeit von Kredit für einkommensschwache, risikoreiche Kreditnehmer. Und damit schließt sich der Kreis, denn genau diese Gruppen hatten in der auseinanderdriftenden Einkommensentwicklung den Wunsch „mitzuhalten“. Kredit war jetzt da, sie brauchten nur zuzugreifen. Auch Haushalte, die es sich „eigentlich“ nicht leisten konnten, schafften sich Immobilien und teure Konsumgüter an. Damit konnten bestimmte negative Folgen der zunehmenden Einkommensungleichheit übertüncht werden: der Konsum brummte ja. Alles musste gut sein.

Brown beschreibt das Dilemma, in welches die zurückbleibenden Haushalte gerieten, mit den Worten: „*The personal and social cost of this development, in terms of stress and anxiety, frustrated hopes, family strife, divorce, bankruptcy and so on, are likely to have been*

enormous. In summary: saving matters (at the micro level) because it provides a simple measure of changes over time in the toll levied on individuals by consumerism“ (S. 36).

Finanzinnovationen: Blicken wir abschließend kurz auf die Finanzinnovationen, welche die Verfügbarkeit von Kredit für bonitätsschwache, risikoreiche Konsumenten verbessert haben. In den Siebzigerjahren entfielen auf Commercial Banks rund 50 Prozent des Konsumkreditvolumens der USA. Banken reagierten im Konjunkturzyklus mit Lockerungen und Verschärfungen der Kreditbedingungen. Für die Kreditnehmer war die Versorgung mit Konsumkrediten nicht stabil. Für Notzeiten zu sparen war angebracht. Aufgrund der mangelnden Differenzierbarkeit der Risiken wurde Kreditrationierung betrieben. Bonitätsschwache Kreditnehmer bezahlten keine höheren Zinssätze als bessere Kunden, was das Interesse an der schwächeren Klientel gering hielt.

Dies änderte sich mit den Scoring-Verfahren. 1974 wurde Scoring im Equal Credit Opportunity Act, soweit es „*statistically sound*“ sei, erlaubt. Mit den fortschreitenden Erfahrungen mit dem Instrument konnten Kreditnehmer auch schlechterer Bonität immer besser eingeschätzt werden. Untersuchungen zeigen, dass noch 1995 Kreditkartenunternehmen von Schuldnern unterschiedlicher Bonität gleiche Zinssätze verlangten. Bis heute sind die meisten zum „*risk based pricing*“ übergegangen und verlangen von schwächeren Kreditnehmern deutlich höhere Zinsen als früher. Damit ist die Attraktivität der Gruppe gestiegen, was zu einer Vermehrung des Kreditangebots für diese geführt hat. Dies lässt sich gut an den gestiegenen Kreditkartenverfügungsräumen ablesen. Hatten Haushalte mit Jahreseinkommen bis 11.000 \$ 1989 noch ein Limit von 854 \$, so betrug dieses 2004 3.590 \$. Für Haushalte mit einem Einkommen bis 29.000 \$ stiegen die Werte von 2.800 \$ auf 7.800 \$ an. Das „*risk based pricing*“ stabilisierte zudem den Zugang zum Kredit, was die Notwendigkeit eigener Reserven für Notlagen minderte.

Noch ein weiterer Aspekt hat die Kredit-

verfügbarkeit erhöht und stabilisiert. Die Verbriefungstechnik führte zur Erschließung ganz neuer Refinanzierungsquellen. 62 Prozent des Wachstums der Kreditkartenkredite und 42 Prozent der Konsumkredite zwischen 1989 und 2005 wurden verbrieft. Seit 1989 hat sich das Volumen verbriefteter Forderungen dieser Arten verzwanzigfacht. Der Anteil der Commercial Banks an der Konsumkreditfinanzierung sackte parallel von 50 auf 30 Prozent ab.

Auf Seite der Investoren wurde die Bereitschaft, in riskante Kredite zu investieren, durch neuentwickelte Hedgingtechniken gesteigert. Die Derivate trugen ebenfalls dazu bei, Risiken, die man früher eher mied, nun aktiv zu suchen. 2006 entfielen 25 Prozent aller Hypothekarkredite auf die Kundengruppe „Subprime“. Ähnliches bei Kreditkarten. Es wird geschätzt, dass im Sommer 2007 70 Mio. Kreditkarten von Subprime-Kreditnehmern aktiv waren. Beide Segmente hatten sich in den Neunzigerjahren entwickelt und erlebten zwischen 2003 und 2005 eine explosionsartige Entwicklung. Man kann es auch anders formulieren: Die neuen Verbriefungs- und Hedgingtechniken haben „respectable institutions“ in einen Markt hineingezogen, der bis dahin eher von Kredithaien oder Pfandhäusern bedient worden war (S. 77).

Alles in allem, und das ist die Kernthese des Buches, fungierten das abnehmende Sparen und der erleichterte Zugang zu Konsumkrediten als Ventil zum Ausgleich bestimmter nachteiliger Folgen der auseinanderdriftenden Einkommen. Das ist mit „Inequality, Consumer Credit and the Saving Puzzle“ gemeint. Die Investoren der Welt haben mit ihrem Kauf von Subprime-Krediten nicht einfach nur irgendwelche Assets erworben, sondern das Leben ungueter gesellschaftlicher Prozesse in den USA verlängert.

Das Buch ist verständlich, fast umgangssprachlich geschrieben. Es ist in acht Kapitel gegliedert, die sich jeweils einer Themengruppe zuwenden. Der Autor wertet die Literatur umfassend aus und behandelt auch alternative Erklärungsansätze, kommt aber immer wieder auf seine Gedankenkette zurück. Ihm wich-

tig erscheinende Zusammenhänge werden mit Hilfe von kleinen Modellen verdeutlicht. Daneben wird immer versucht, die zentralen Thesen mit Statistiken zu untermauern. Gerade diese Statistiken zu lesen, ist sehr anregend. Fazit: Ein überaus lesenswertes Buch.

Chemnitz

Friedrich Thießen

(Prof. Dr. Friedrich Thießen, TU Chemnitz, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Professur BWL IV – Finanzwirtschaft und Bankbetriebslehre, D-09107 Chemnitz)

Stephan Barisitz, *Banking in Central and Eastern Europe 1980-2006. A comprehensive Analysis of Banking Sector Transformation in the former Soviet Union, Czechoslovakia, East Germany, Yugoslavia, Belarus, Bulgaria, Croatia, the Czech Republic, Hungary, Kazakhstan, Poland, Romania, the Russian Federation, Serbia and Montenegro, Slovakia, Ukraine and Uzbekistan* (Routledge International Studies in Money and Banking 41). Routledge, London/ New York 2008, 224 S., £ 80,-.

Barisitz' Buch strebt laut Titel eine vergleichende Analyse der Entwicklung der Bankensysteme zahlreicher ehemaliger RGW-Staaten (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) in Mittel- und Osteuropa zwischen 1980 und 2006 an. Hierzu stützt er sich nicht nur auf zahlreiche eigene Vorarbeiten, sondern kann als Senior-Volkswirt der Österreichischen Nationalbank auf den enormen Fundus dieser Einrichtung zurückgreifen. Doch schon im Untertitel wird sichtbar, dass das Projekt zwar äußerst ambitioniert, aber kaum angemessen umzusetzen gewesen ist. Denn einige aus den ehemaligen RGW-Staaten entstandene Nachfolgestaaten liegen nicht in Mittel- oder Osteuropa (Kasachstan, Usbekistan). Andere Nachfolgestaaten, wie beispielsweise die Staaten des Baltikums, bleiben gänzlich außen vor.

Damit einhergehend stellt sich unmittelbar die Frage nach einer sachgerechten Eingren-

zung des Untersuchungsgegenstandes. Vor allem bleibt unklar, wie und anhand welcher Kriterien die riesigen sozio-politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Unterschiede einer vergleichenden Analyse zugänglich gemacht werden sollen. Man denke zum Beispiel nur daran, dass sich einige Länder im Zuge dieser Entwicklung aus einem jahrzehntelang bestehenden Staatenverbund herauslösten, um endlich ihre Souveränität (wieder) zu erlangen; andere wiederum gaben ihre Souveränität freiwillig auf. Hier hätte ein Befolgen des Mottos „weniger ist mehr“ sicherlich zu einer klareren Themeneingrenzung und damit zu einer handhabbareren Themenstellung geführt.

Der Autor gliedert sein Buch in sechs sehr heterogene Teile: Nach einer zweiseitigen Einleitung erfährt man in dem vier Seiten umfassenden zweiten Teil („*Banks and their role in a modern market-oriented economy*“, S. 3-6) die Besonderheiten von Banken, warum sie existieren und wieso ihre Regulierung notwendig ist. Hier zeigt der Autor, dass er sich unter den Vertretern anglo-amerikanischer Denkansätze bestens auskennt. Hinweise, ob es möglicherweise andere Ansätze gibt, die den Problemen mittel- und osteuropäischer Transformationsländer nicht nur geographisch näher liegen, findet man bedauerlicherweise nicht. Ebenso fehlt eine Erläuterung dessen, was er untersuchen will, nämlich eine klare und allgemeine Definition eines Bankensystems mit all seinen Subsystemen.

Im zwölfseitigen dritten Teil gehen unter der Überschrift „*Banking under socialism*“ (S. 7-18) die Ungereimtheiten der Begriffe weiter, denn was hier unter „Sozialismus“ steht, wurde unter anderem in der Einleitung noch als „Kommunismus“ bezeichnet und wechselt später begrifflich flott zwischen Plan- und Zentralverwaltungswirtschaften hin und her. Zudem hätte zuerst viel stärker betont werden müssen, dass eine funktionierende Wirtschaftsordnung nur auf einer funktionierenden Rechtsordnung fußen kann, um dann später herauszuarbeiten, in welchen Ländern man von dieser Voraussetzung überhaupt ausgehen kann und in welchen nicht. Es wäre

nämlich mehr als problematisch, nicht funktionierende Wirtschaftsordnungen mit dem Instrumentarium der freien Marktwirtschaft zu untersuchen.

Wer sich von den konfusen ersten 18 Seiten der ersten Teile des Buches nicht abschrecken lässt, der erfährt in den Teilen 4 und 5 (S. 19-167) sehr viel und fundiertes über die Schwierigkeiten bei den Transformationsprozessen und über die Probleme in der Phase nach der Umstellung der Bankensysteme. Als Knackpunkt in der Entwicklung erweisen sich dabei regelmäßig Banken Krisen, die mehr oder weniger auch als Trennungskriterium der Teile 4 und 5 fungieren. Die Ausführungen sind mit vielen und sehr guten Detailinformationen gespickt, die zwar hoch aggregiert, aber dennoch vom Autor verständlich präsentiert werden. Überhaupt liegen hier die großen Stärken des Buches. Gleichwohl findet man in den beiden Teilen – statt der angekündigten vergleichenden Analyse – dann doch eher eine beschreibende Gegenüberstellung, was aber den informativen Gehalt keineswegs schmälern kann. Natürlich hätte man sich zudem auch schon im Inhaltsverzeichnis eine stärkere Unterteilung der Gliederung gewünscht, denn die acht Gliederungspunkte für die rund 150 Seiten der Teile 4 („*Transition, liberalization, banking crises and reform policies (up to around 2000)*“, S. 19-84) und 5 („*Post-transition crisis developments, strengths and weaknesses of contemporary banking sectors (since around 2000)*“, S. 85-167) sind mit Blick auf die große Anzahl der einbezogenen und besprochenen Länder einfach zu wenig, um als Leser jederzeit den Überblick zu behalten.

Im letzten Teil 6 („*Perspectives of banking in Central and Eastern Europe*“, S. 168-175) bietet Barisitz auf acht Seiten einen Ausblick auf die Globalisierung und die europäische Bankenintegration sowie auf die Bestrebungen einer einheitlichen Bankenaufsicht in Europa. Alles in allem liegt hier ein lesenswertes Buch vor allem für diejenigen vor, die an Detaildaten zum Transformationsprozess und der Entwicklung der Bankensysteme in zahl-

reichen RGW-Nachfolgestaaten interessiert sind.

Greifswald

Jan Körnert

(Prof. Dr. Jan Körnert, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Internationales Finanzmanagement/Internationale Kapitalmärkte, Friedrich-Loeffler-Straße 70, D-17489 Greifswald)



Bankhistorisches Archiv, 35. Jahrgang, Heft 1/2009
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart